H 8040 F
Nummer 65
Juli/Aug. 00
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

A CAMPAIGN AGAINST WHITE POWER MUSIC

TURN IT DOWN

In diesem Heft:

„Blood & Honour" in Deutschland +++ Interview: Militante Nazis in Schweden +++ Die FPÖ als rechtsextreme Bewegung +++ Entwicklungen in der „Vertriebenen- und Volkstumsforschung" +++ Trittbrettfahrer in der Entschädigungsdebatte +++ Braune Sprachschützer +++ Wave-Gotik Treffen in Leipzig +++ Interview: Rechte Frauen +++

Inhalt dieses Heft

3 Nazizentrum in Sachsen-Anhalt im Aufbau?

4 „Blood & Honour" in Deutschland

6 Interview: Militante Neonazis in Schweden

7 Rechte Aufmärsche am 1. Mai

8 „Bündnis Rechts": Südkontakte

9 Interview: Rechte Frauen

10 „Freie Kameradschaften" und Rechtsparteien

12 Gewerkschafter im Visier militanter Neonazis

13 Die FPÖ als rechtsextreme Bewegung

16 Entwicklungen in der „Vertriebenen- und Volkstumsforschung"

18 Trittbrettfahrer in der Entschädigungsdebatte

20 ARKUS: Braune Sprachschützer

22 9. Wave-Gotik Treffen in Leipzig

23 UÖD: Suche nach Neandertal

24 Rezensionen

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16
30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
redaktion@der-rechte-rand.de

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Mit Sommerbeginn nimmt auch der neofaschistische Straßenterror wieder zu. Kein Wochenende vergeht, ohne dass Menschen aus unterschiedlichsten Gründen angegriffen, gedemütigt und verletzt werden. Mehrere Todesopfer gehen allein im Monat Juni auf das Konto der Neofaschisten. In Eberswalde wurde ein 22jähriger vor ein fahrendes Auto geworfen, in Dessau wurde der 39jährige Alberto Adriano totgeschlagen und - das sollte nicht vergessen werden - in Dortmund erschoss ein Amok laufender Nazi drei PolizistInnen.

Sicher sind die Situationen, in denen diese Morde begangen wurden, sehr unterschiedlich. Doch die Persönlichkeitsstruktur der Täter ist in allen Fällen geprägt durch eine menschenverachtende Ideologie, die das Recht des Stärkeren und die Legitimität von Gewalt zur rücksichtslosen Durchsetzung eigener Interessen propagiert. So sehr Maßnahmen der Exekutive gegen neofaschistische Gruppen und Vertriebe wie jüngst gegen die Kunden eines Nazi-Musikversandes oder die „Skinhead Sächsische Schweiz" zu begrüßen sind, werden sie doch das Problem des um sich greifenden Rassismus, des Nationalismus und letztendlich des Neofaschismus nicht lösen können.

Bündnisse gegen Extremismus und Gewalt, wie sie Innenminister Schily unter Ausschluß unbequemer Gruppen aus der antifaschistischen / antirassistischen Bewegung gründen will oder Erklärungen gegen die Präsenz neonazistischer Haß-Seiten im Internet laufen ins Leere, solange in der sogenannten Mitte der Gesellschaft rechte Parolen zum guten Ton gehören. Seien es die „Deutschland über alles"-Gesänge des CDU-Fraktionschef Oettinger in Baden-Württemberg, oder der „zynische und fremdenfeindliche Sprachgebrauch" des Bernburger Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, der mit Falschaussagen einen Zusammenhang zwischen Asylsuchenden und Kriminalität suggeriert oder ein CDU-Stadtrat in Halle, der nach dem Mord an Alberto Adriano in einem Offenen Brief die Schuld an der Fremdenfeindlichkeit den AusländerInnen selbst zuschreibt und erklärt, dass der nächste Überfall auf Afrikaner in Halle vorprogrammiert sei.

Auch die Einordnung von Flüchtlingen nach Nützlichkeitskriterien, wie jüngst von Otto Schily in der „Einwanderungsdebatte" vorgenommen, stellt eine Ausgrenzung lästiger (d.h. die Sozialkassen belastender) Menschen dar und dürfte von den Rechtsradikalen und Neofaschisten aufgegriffen werden. Die hatten ja schon immer behauptet, Ausländer würden den Deutschen Arbeit, Wohnung, Frau usw. wegnehmen.

Solange derartige Formulierungen Schönredereien oder Rechtfertigungen und nicht einen Aufschrei der Empörung zur Folge haben, werden Maßnahmen auf der repressiven Ebene nur die Spitze des Eisberges treffen.

Eine Anmerkung zur letzten Ausgabe: In einem Artikel über die nationalrevolutionäre Zeitschrift „wir selbst" wurde der sozialdemokratische „blick nach rechts" als mit dem Verfassungsschutz kooperierend bezeichnet. Wir möchten aus diesem Anlaß noch einmal darauf hinweisen, dass namentlich gezeichnete Artikel nicht immer die Meinung der gesamten Redaktion wiedergeben. Aber: Auch wenn die oben genannte Formulierung nicht von der gesamten Redaktion geteilt wird, bleibt doch unbestritten, dass zu den regelmässigen AutorInnen des „blick nach rechts" auch MitarbeiterInnen von Verfassungsschutz und Innenministerien zählen.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang September. Redaktionsschluss ist am 14. August 2000.

Richtigstellung:

In Heft 62 des Rechten Randes hatte unser Autor Andre Krautvetter auf Seite 8 geschrieben, dass die „Burschenschaft Teutonia" am 20. April 1999 inoffiziell den „Führergeburtstag" gefeiert habe. Bei einer Nachrecherche stellte sich heraus, dass sich diese Aussage nicht belegen läßt. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser diesen Sachverhalt zu berücksichtigen und entschuldigen uns für diesen Fauxpas.

Christian Grünert

Sachsen-Anhalt: Nazizentrum im Aufbau?

Die Zeiten, da sich die Strukturen der sachsen-anhaltinischen Neonaziszene fast ausschließlich auf eine Region – den Ostharz – konzentrierten, sind vorbei. Neben der Region Altmark etabliert mit Köthen/Anhalt im geographischen Dreieck zwischen Halle/Saale, Magdeburg und Dessau gelegen, ein weiterer Knotenpunkt neonazistischer Aktivitäten.

Mitte Mai demonstrierten in Köthen rund 250 Neonazis aus der Region Halle/Magdeburg „gegen organisierte Kriminalität und Drogen". Angemeldet hatte den Aufmarsch eine „Bürgerinitiative gegen Drogen", hinter der sich die örtliche „Freie Kameradschaft" verbirgt. Der geplante Aufmarsch der Neonazis hatte im Vorfeld für ein behördliches Verwirrspiel gesorgt. So war die Tatsache der Anmeldung eines rechten Aufzuges nur durch Zufall bei einer Bürgerfragestunde im Stadtrat herausgekommen. Nach Meinung des Oberbürgermeisters sollte die Anmeldung der Neonazis nicht „breitgetreten" werden, da sonst „die andere Front von links aufmarschiert". Landrat und Oberbürgermeister lehnten eine Einladung des DGB, auf einer Gegenkundgebung zu sprechen ab. Die vom Kreisverwaltungsgericht erlassene Verbotsverfügung war vom Dessauer Verwaltungsgericht wieder aufgehoben worden. So marschierten die Neonazis durch die Plattenbausiedlung Rüsternbreite.

Seit ca. 1 ½ Jahren sind in der Region Anhalt vermehrte neonazistische Aktivitäten, ausgehend von der Köthener Kameradschaft, zu verzeichnen. Im September 1999 war die Kameradschaft maßgeblich an der Organisation des „Ian Stuart Memorial Concert" (Gedenkkonzert für den „Skrewdriver"-Sänger Donaldson) in Garitz bei Zerbst/Anhalt beteiligt. Daran nahmen bis zu 2000 Neonazis aus verschiedenen europäischen Ländern teil. Bei ihren Aktivitäten in der Stadt gehen die Neonazis arbeitsteilig vor. Durch subkulturelle Aktionen und Gewalt auf der Straße sollen Linke und Ausländer eingeschüchtert werden. Andererseits gibt es keine direkten Angriffe auf das Asylbewerberheim. Vielmehr versuchen die Neonazis durch ihre öffentliche Agitation gegen „organisierte Kriminalität und Drogen" eine rassistische Assoziationskette zum Asylbewerberheim herzustellen und sich als Bewahrer öffentlicher Interessen zu stilisieren. Auch eine Bildungsveranstaltung mit dem Auschwitz–Überlebenden K. Smolen wurde nicht gestört, sondern in Geheimdienstmanier observiert.

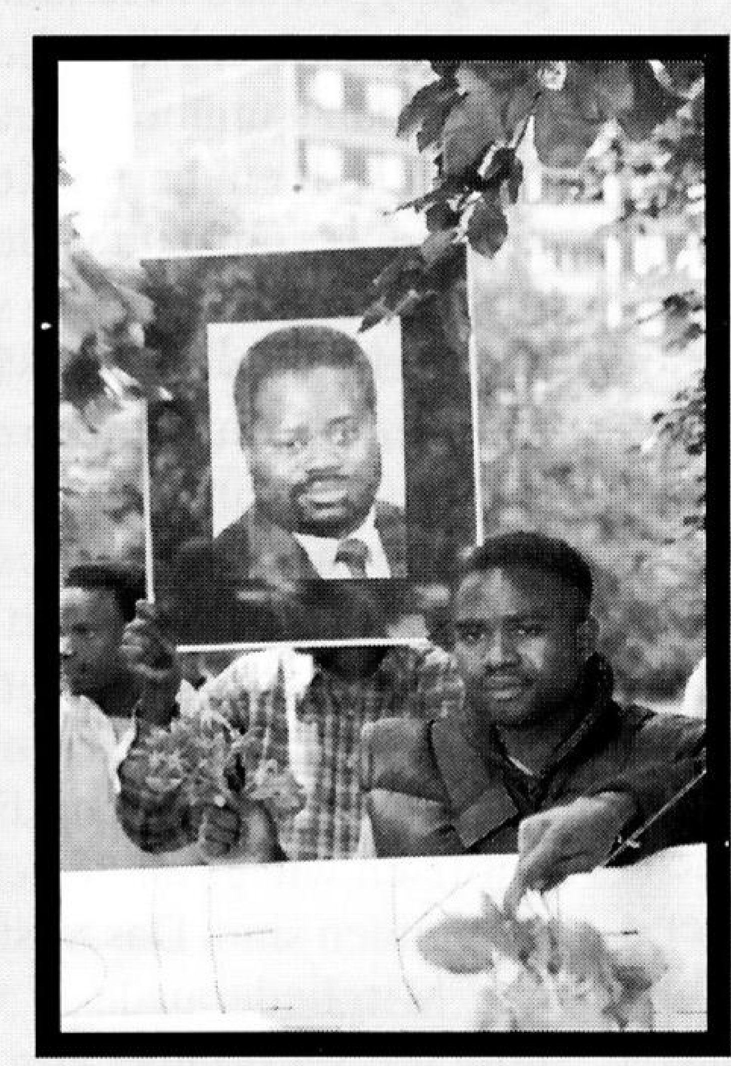
Erst vor Kurzem ist bekannt geworden, dass zwei Personen (Steffen Bösener und Sebastian Dankowski) aus der Naziszene der Stadt seit Ende 1999 Räumlichkeiten im ehemaligen Finanzamt, im Holländerweg für ein Jahr von der ebenfalls dort ansässigen „LIPSIA GmbH" angemietet haben. Die ca. 100 Quadratmeter großen Räume sind mit einer guten technischen Infrastruktur ausgestattet. Außerdem ist ein Bandproberaum und die Möglichkeit zur Ausrichtung von Partys und kleineren Konzerten gegeben. Im Januar diesen Jahres hatte die Polizei ein Konzert aufgelöst. Frequentiert wird das Objekt ob seiner günstigen geographischen Lage von Neonazis aus Bernburg, Magdeburg, Halle, Dessau. Ein weiterer Vorteil dieses Anwesens ist die Tatsache, dass sich die Aktivitäten der Neonazis in diesen Räumlichkeiten öffentlicher und sozialpädagogischer Kontrolle entziehen. Somit können hier ohne taktische Rücksichtnahmen Kaderschulungen und die Rekrutierung stattfinden.

Die Immobilienfirma „LIPSIA GmbH" hat Vorwürfe, hier den Neonazis eine Operationsbasis zu bieten, zurückgewiesen. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, so die LIPSIA, wolle man den Mietern kündigen. Doch nach Informationen von AntifaschistInnen soll die Polizei der Firma die Vermietung an die Neonazis nahe gelegt haben. Begründet wurde dies mit dem Argument, dort wäre die rechte Szene wenigstens konzentriert und könne besser beobachtet werden.

Ob sich in Köthen dauerhaft ein Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten entwickelt, bleibt abzuwarten. Gelingt es den Neonazis das Zentrum Holländerweg zu halten, könnte es schnell überregionale Bedeutung für die ostdeutschen Länder erhalten. Die drohende Hegemonie der Rechten in der Stadt zu brechen, dürfte ein weiter Weg sein, da in Köthen keine nennenswerte Gegenkultur existiert.

Rassistischer Mord in Dessau

In derNacht zum Pfingstsonntag wurde Alberto Adriano, ein Deutscher mosambikanischer Herkunft in Dessau überfallen und zusammengeschlagen. Die drei Täter, Enrico H. aus Burxdorf, Frank Miethbauer und Christian Richter aus Wolfen, zogen ihrem schwer verletzten Opfer die Kleidung aus und warfen es in ein Gebüsch. Drei Tage später starb der 39jährige Vater dreier kleiner Kinder. Vor dem Überfall waren die Neonazis durch Dessau gezogen und hatten Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand" gegrölt. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft wird gegen die Täter mittlerweile wegen Mordverdachts ermittelt. An einem Trauermarsch nahmen rund 4000 Menschen teil. Während zahlreiche RednerInnen die Brutalität dieses Überfalls, der weder durch psychologische Hintergründe oder wirtschaftliche Schwierigkeiten zu entschuldigen sei, verurteilten, forderten in Dessau ansässige MigrantInnen eine gerechte Bestrafung der Täter. Um über die Trauer hinaus ihre Wut über diesen Mord zum Ausdruck zu bringen, demonstrierten im Anschluß an die Trauerkundgebung 800 bis 1000 AntifaschistInnen durch die Dessauer Innenstadt. Organisiert hatte diese Demonstration das „Offene Antifaplenum Dessau", das in einer Presseerklärung auf die ständig wachsenden Naziaktivitäten in der Region und den Rassismus im Alltagshandeln hinwies. So wurde auf häufige „spektakuläre Razzien" im Dessauer Stadtpark hingewiesen, durch die die teilweise seit mehr als 10 Jahren in Dessau lebenden SchwarzafrikanerInnen mit Drogendealern gleichgesetzt würden.



Abschied von Alberto Adriano in Dessau

Auch nach dem Mord an Alberto Adriano rissen die Übergriffe der Nazis nicht ab - bereits vier Tage später wurde ein Freund Adrianos am Rathaus von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen und am Auge verletzt. Bei der Dessauer Stadtverwaltung ging jetzt ein Nazi-Drohbrief ein, in dem angekündigt wird, dass weiter „getreten, geschossen und getötet" werde.

Waffenfunde

Im Rahmen einer Hausdurchsuchungsaktion wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung bei 51 Mitgliedern der „Skinhead Sächsische Schweiz" (SSS) im Raum Pirna wurden zahlreiche Waffen gefunden. Gegen einen Vater und seine zwei Söhnen im Alter von 18 und 21 Jahren erging ein Haftbefehl. Bei ihnen wurden u.a. zwei Kilogramm Sprengstoff, Sprenggranaten, Zündvorrichtungen, Raketenteile und größere Mengen Munition gefunden. Bei anderen der zwischen 16 und 28 Jahre alten Neofaschisten wurden Schriftmaterial, Computer-Software, Wurfsterne und Schlagstöcke sichergestellt. Die Gruppe soll aus etwa hundert Mitgliedern und einer unbestimmten Zahl von Sympathisanten bestehen. Die Gruppe wurde 1996 von ehemaligen „Wiking Jugend"(WJ)-Mitgliedern gegründet, nachdem die WJ 1994 verboten worden war. Die „Skinheads Sächsische Schweiz" waren in der Vergangenheit u.a. an Straftaten wie Landfriedensbruch oder Körperverletzungen gegen Linke und Ausländer beteiligt.

Michael Weiß

Business und Bomben

Bedeutung des „Blood & Honour"-Netzwerkes in Deutschland

Die neue Ausgabe (Nr. 9) des Magazins der „Blood & Honour Division Deutschland", laut Leserumfrage der Rechtsrock-Gazette „RockNord" das „beste Fanzine" in Deutschland, gibt sich internationalistisch und politisch wie noch nie. Zwischen Bandinterviews und Konzertberichten erzählen der ehemaligen „Ku-Klux-Klan"-Führer David Duke und eine Vertreterin der amerikanischen „World Church of The Creator" von ihrer Arbeit.

Der US-Neonaziführer William Pierce, der sich kürzlich in das schwedische „Nordland"-Label eingekauft hat, beackert weiter den Boden für seinen unzweifelhaft geplanten Einstieg in den deutschen Rechtsrock-Markt und der südafrikanische „Publizist" Claus Nordbruch, der als Fachmann für deutsche „Gesinnungsjustiz" gerade durch das Spektrum der extremen Rechten gereicht wird, darf seinen rassistischen und apokalyptischen Visionen freien Lauf lassen. Den Rest der prallen 124 Seiten füllen „Artikel zur deutschen Geschichte", u. a. Biographien von Joseph Goebbels, „Wüstenfuchs Rommel", dem Generaloberst der Waffen-SS, Paul Hausser, sowie Otto Skorzeny, dem legendären NS-Sabotagespezialisten. Starker Tobak zum Zwecke der „zunehmenden Politisierung der nationalen Musikszene".

Auf die angekündigte Beilage einer Promotion-CD des amerikanischen Labels „Panzerfaust Records" müssen die Leserinnen und Leser jedoch verzichten. Am 25. März beschlagnahmte die Berliner Polizei bei einer Hausdurchsuchung beim deutschen B & H-Anführer Stephan Lange, alias Pinocchio, einen Teil der Hefte und 1.500 „Panzerfaust"-CDs. Der Grund: Zwei Hakenkreuze auf dem CD-Cover und ein deutlich hörbarer „Deutscher Gruß". Dass die Nummer 9 dennoch, mit einem von Berlin nach Werder an der Havel verlegten Postfach, erscheinen konnte, spricht sicher für die Flexibilität der B & H-Struktur. Dass das Material ausgerechnet beim Chef zu Hause bzw. in dessen Auto rumlag, zeugt jedoch nicht gerade von besonderer Professionalität.

Für viele AntifaschistInnen ist B & H in den letzten Jahren ins Zentrum der Recherchen gerückt. Ob zu Recht oder zu Unrecht muss sehr genau diskutiert werden. Ist es tatsächlich so, dass diese Gruppe von ca. 300 Mitgliedern zu einem Kristallisationspunkt der neonazistischen Jugendkultur geworden ist und wichtige Fäden in der Hand hält? Oder ist es eine (alte) Schwäche antifaschistischer Recherche, sich hauptsächlich an „festen" Gruppen und Namen abzuarbeiten und keine Antwort auf die gegenwärtige Entwicklung zu finden, in der die Neonaziskinhead-Szene immer mehr einen Bewegungscharakter erhält - dies meint eine hohe Eigendynamik, Flexibilität und Reproduktionsfähigkeit, Namen werden austauschbar, Strukturen verändern sich ständig und passen sich aktuellen Entwicklungen an. Ist mensch da nicht dankbar, wenn sich ein Teil des harten Kernes in einem Organisationsrahmen sammelt, sich gegenseitig Mitgliedsausweise ausstellt und die Führung der Szene für sich reklamiert?



B & H bei einem Aufmarsch gegen AntifaschistInnen in Weyhe. Mit Mikrofon: Thorsten de Vries

Die Organisation „Blood & Honour"

B & H ist – ähnlich wie die Hammerskins – aus einem bewegungstypischen Mechanismus heraus entstanden. Wenn die Szene zu groß und zu unüberschaubar wird, spaltet sich ein harter Kern ab, erklärt sich zum Hüter der wahren Idee und schafft sich selbst die Möglichkeit, von den Markt- und Modeerscheinungen abzugrenzen und in einer elitären Gemeinschaft wiederzufinden. Während die Hammerskins in diesem elitären Selbstverständnis verharren, setzt B & H jedoch auf Basisnähe und ist den Jahren mehr und mehr zu einem Orientierungspunkt für viele Szene-AktivistInnen geworden, die auf vielfache Weise politisch wie geschäftlich mit deren Strukturen verbunden sind. Das System von Mitgliedschaft und Mitgliederauslese, von regionaler Aufteilung in Sektionen, von Jahresbeiträgen (360 Mark) und Gemeinschaftskassen, von regelmäßigen Organisations- und Strategietreffen, orientiert sich auf den ersten Blick an altbekannten Mustern. Doch die Kombination von politischen Anspruchsdenken, legalen und illegalen Geschäften sowie hochgradig kriminellen Machenschaften hat ein Organisierungsmodell entstehen lassen, das eine starke Affinität zum Rocker-Milieu aufweist. Darin besteht eine Koexistenz legaler Standbeine (u. a. Versände, Labels, Tätowierstudios, „Security"- und „Türsteher"-Jobs) mit illegalen Geschäftsinteressen (Einfuhr illegalen Materials aus dem Ausland, Geldwäsche, Waffenhandel) und mit den terroristischen Ambitionen einer zunehmenden Zahl von AktivistInnen. Dass sich mancherorts B & H–Truppen durch ihr organisiertes Auftreten und durch ihre hohe Gewaltbereitschaft Machtpositionen aufgebaut haben, die einen Einstieg ins Milieu der sogenannten „organisierten Kriminalität" ermöglicht haben, ist eine Entwicklung, die von AntifaschistInnen sicher genau beobachtet werden muss, zumal sich – z. B. bei der Verstrickung in den Handel mit harten Drogen – bisher nicht ausgesprochene politische Widersprüche zeigen.

> **„Weißt du, wenn die Naziskinheads Rocker wären, dann wären Blood & Honour die Hells Angels."**
>
> *(Gespräch mit einem ehemaligen Naziskinhead, 1997)*

Das hohe Ansehen und die Bedeutung des B & H–Netzwerkes erklärt sich u. a. daraus, dass es wesentliche Teile der Mobilisierungssysteme in der Hand hat, die es bspw. ermöglichen, 1.500 Leute zu geheimgehaltenen Konzertorten zu lotsen. Wo andere Strukturen an der polizeilichen Repression oder am antifaschistischen Widerstand gescheitert sind, hat B & H ein System gefunden, sich darüber hinwegzusetzen und zentrale Punkte der Erlebniswelt zu organisieren. Zudem kontrolliert B & H einen nicht unerheblichen Teil des Marktes mit Neonazimusik und dort vor allem halblegale und illegale Produktions- und Vertriebswege.

Die altbekannten Konflikte zwischen „Jugendkultur" und „Parteipolitik", zwischen militantem und bürgerlichem Spektrum, sind schwächer geworden und wenn sie dennoch ausbrechen, so lähmen sie die Szene nicht mehr. Die Szene ist in der Lage, Rückschläge aufzufangen und sich aufneue Situationen einzustellen. Teile der NPD, die Freien Nationalisten, der sich unter den Begriffen „Anti-Antifa" und „Weisser Arischer Widerstand" formierende Terroruntergrund sowie B & H bilden heute einen multifunktionalen Aktionsrahmen, in dem

Doppel- und Dreifach-Mitgliedschaften üblich sind und in dem sich die unterschiedlichen Ansätze, Optionen und Interessen ergänzen. In diesem Gefüge ist B & H ein wichtiges Scharnier. Es verbindet Kultur und Politik unter einem Dach. Es ist eine politische, militante Organisation, die sich kulturell definiert und die im Spektrum der Jugendkultur eine starke Authentizität und Glaubwürdigkeit hat. Darüber ist es B & H möglich, sein Umfeld beständig zu ideologisieren, zu politisieren und schrittweise an die militanten politischen Strukturen heranzuführen.

Die Entwicklung zeigt sich in den verschiedenen Regionen Deutschlands jedoch unterschiedlich. Während sich mancherorts die B & H – ExponentInnen eher auf ihre Geschäfte und auf die sporadische Durchführung von Konzerten konzentrieren, sind – v. a. in den östlichen und nördlichen Bundesländern – überaus selbstbewusste B & H – Gruppen aktiv. Vor allem im Hamburger Raum hat sich eine hochexplosive Aktionseinheit von Freien Nationalisten und B & H gebildet. Deren Sprachrohre sind die Zeitschriften „Hamburger Sturm“, dessen Mitbegründer der B & H – Aktivist Torben Klebe ist, und das „Zentralorgan“, hinter dem die Kameradschaft um den erfahrenen Strategen Christian Worch steht. Bereits im August 1999 forderten im „Hamburger Sturm“ „Nationalrevolutionäre Zellen“ den verstärkten Aufbau von Untergrundstrukturen und erklärten die britische Gruppe („terrormachine“) „Combat 18“, gleichwohl die Führungsriege der britischen B & H – Struktur, zum Vorbild. In der Ausgabe vom Frühjahr 2000 findet sich auf den obligatorischen Anti-Antifa-Seiten neben einem Hetzartikel gegen eine grüne Ratsfrau in Neumünster auch eine ausführliche Abhandlung über „Combat 18“. Die große Sympathie, die führende Mitglieder von B&H Deutschland der Terrorgruppe „Combat 18“ entgegenbringen, begründet sich nach Meinung von Verfassungsschützern vor allem auf deren militantes Vorgehen gegen politische GegnerInnen.



„Blood & Honour“ bei einem Aufmarsch in Braunschweig. Rechts vorn Dieter Riefling.

Die hiesigen Behörden indes fahren einen Schlingerkurs. Zwar ging im November 1998 die Schließung des Emsländer „Nibelungen-Versandes“, die „Hauptfiliale“ von „B & H Deutschland“, ebenso auf die Ermittlungsarbeit der Hamburger Fahnder zurück, wie im Oktober 1998 die Aushebung einer „Ameisenstraße“, die zur Verteilung neonazistischer CDs angelegt war. Doch gab es noch keine Reaktionen auf den Terror, der bspw. in Elmshorn von Personen aus den Kreisen des „Hamburger Sturms“ und B & H gegen Andersdenkende verübt wird - einem Mitglied des dortigen Bündnisses gegen Rechts wurde scharf durch das Küchenfenster geschossen, ein Transparent an einer Autobahnbrücke bot „10 000 DM - tot oder lebendig“ für einen antifaschistisch engagierten Gewerkschafter. Mit der Mitteilung, Worch und sein Adjutant Wulff würden „trotz des Verbotes der `Nationalen Liste´“ mit dem „Zentralorgan“ ihre politische Arbeit fortsetzen, setzen sich die Hamburger Behörden nun selbst unter Druck, gegen das „Zentralorgan“ vorzugehen.

So sehr „Blood & Honour“ auch bemüht ist, sich nach außen hin als Einheit darzustellen – hinter den Kulissen kracht es zuweilen. Nachdem 1998 das sächsische „Label Movement Records“ wegen finanzieller Streitigkeiten aus B & H ausgeschlossen wurde, wurde in der Produktion von Tonträgern die Zusammenarbeit bereits ein Jahr später wieder aufgenommen. Zur selben Zeit traten die Sektionen Saarland und Württemberg aus und ließen das deutsche B & H–Netzwerk auf nunmehr 19 Sektionen schrumpfen.

Neuer Ärger steht ins Haus. Der Betreiber des oberfränkischen Labels „DIM-Records“, Ulrich Großmann, der u. a. B & H–Artikel vertreibt und B & H–nahe Bands unter Vertrag hat(te), möchte, nachdem er sich durch das kürzlich erschienene Buch „White Noise“ geoutet sah, nun gar nichts mehr mit dieser Struktur zu tun haben. Im aktuellen Katalog seines Versandes (Liste April/Mai 2000) beschimpft er die B & H–Vorzeigeband „Hate Society“ als „Pseudo-Polit Band“. Gegenüber deren Sänger, dem Bamberger B & H–Funktionär Bernd Peruch („Pernod“), empfinde er „Abscheu“ und zudem habe dieser ja auch eine „sehr bedenkliche Vergangenheit“. „Dazu passt“ – so Großmann – „dass der genannte Bamberger Nasenbär früher einen regen Kontakt zu einem VS-Mitarbeiter hatte“.

Hamburg rot-grün: Der fünfte rechte Aufmarsch in einem Jahr

Nachdem Senats-Opposition und Springer-Medien der Hansestadt die Räumung der Roten Flora überlaut gefordert hatten, wollten die „Freien Nationalisten“ unter dem Motto „Räumt die Rote Flora - kein Platz für gewalttätige Politbanden“ am 4. Juni im Schanzenviertel marschieren. Doch in das mythenbeladene Viertel durften sie nicht.

Anlass für die wieder aufkommende Hetze gegen das linke Kulturzentrum waren die 1. Mai-Krawalle in dem Hamburger Stadtteil. „Herr Senator, kennen sie die Gesetze nicht?“ titelte die „Bild-Zeitung“ einige Tage später, und: „Sie fixen, sie dealen – und rufen zur Gewalt auf!“ In der Bürgerschaft erklärte der CDU-Chef Ole von Beust bei einer von allen Fraktionen einberufenen aktuellen Stunde, dass nur ein sofortige Räumung Ruhe und Ordnung herstellen könnte.

Nichts anderes verkündeten am Sonntag nachmittag Thomas Wulff, Christian Worch und Thorsten de Vries vor den 250 Neonazis, die sich in Wandsbek versammelten. Der rot-grüne Senat ließe die „Brutstelle linksradikalen Terrors“ unangetastet, meinte Worch, wodurch ein „linksautonomes Viertel“ entstünde.

Obwohl „wir die Mehrheitsmeinung der Hamburger auf die Straße tragen“ klagte er, dürften sie weder im Schanzenviertel noch in der Innenstadt demonstrieren. „Das war eher ein Polizeiaufmarsch“ jammerte dann auch Anmelder Jürgen Gerg von den „Jungen Nationaldemokraten“. Nach langem Ringen hatte die Innenbehörde nur diese Route bewilligt, die von 2000 Polizeibeamten geschützt wurde.

Über 2000 GegendemonstrantInnen waren dem Bündnisaufruf „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ nach Wandsbek gefolgt. Über 16 Initiativen vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes über PDS, Regenbogen-Gruppe bis zu antifaschistischen Gruppen hatten vorsorglich in mehreren Stadtteilen Kundgebungen angemeldet.

Andreas Speit

Drehscheibe Schweden

Terror und CDs aus Skandinavien

Skandinavien ist in den letzten Jahren immer mehr zum Zentrum von Aktivitäten militanter Neonazis, vor allem aus dem „Blood & Honour"-Spektrum, geworden. Stieg Larsson arbeitet seit den 70ern als Journalist in Schweden für die dortige Nachrichtenagentur über die extreme Rechte. Er ist Korrespondent Mitbegründer des schwedischen Antifa-Blattes „Expo", das versucht, eine Partei unabhängige, populäre, breit verankerte Plattform für antifaschistische Recherche zu bilden.

DRR: Die Ermordung des Gewerkschafters Björn Söderberg von schwedischen Neonazis im Oktober 1999 hat für Schlagzeilen gesorgt, auch in Deutschland. Was denkst Du über die politische Bedeutung des nachfolgenden Verfahrens?

Larsson: Das ist eine sehr komplizierte Frage, weil es so viele Interessenlagen gibt. Zunächst haben erstmals seit etwa 60 Jahren die beiden Flügel der Gewerkschaften in allen größeren Städten zusammen demonstriert. Sie waren durch den Mord gezwungen, die Nazis ernster zu nehmen, ein wichtiger Effekt.

Der Prozeß war weitestgehend ein Mißerfolg, weil der Strafverfolger sehr unvorbereitet war. Die drei verhafteten Nazis sind nur wegen Beteiligung an dem Mord verurteilt worden, weil nicht herauszufinden war, welcher der Nazis die Waffe abgefeuert hatte. Zwei bekamen sechs Jahre, einer vier. Das war natürlich ein Mißerfolg, weil ein Mordprozeß und eine entsprechende Verurteilung dem Fall viel angemessener gewesen wäre.

Schwedische Tageszeitungen outen Nazis

Der Mord selbst stand nur am Ende einer ganzen Welle von Raubüberfällen, Einschüchterungsversuchen und Anschlägen auf Polizisten und Journalisten, bei denen mehrere Menschen getötet oder schwer verletzt wurden. Bis zu einem gewissen Grad wurde durch die Terrorwelle das Bewußtsein über die Bedeutung der Nazis als einer politischen Bewegung in einer breiteren Öffentlichkeit geweckt. Das äußerte sich in einer Vielzahl von Veröffentlichungen, Fernsehdiskussionen usw. Aber ob das von Dauer sein wird, wissen wir noch nicht. Schweden ist ein sehr liberales Land. Das Problem hier ist, daß die Gesellschaft die Nazis als ein soziales oder ein Law-and-Order-Problem fokussiert, als eine Modeerscheinung. Fakt ist aber, daß ein Nazi aus denselben Gründen Nazi wird, aus denen ein Sozialdemokrat oder Liberaler wird, was er ist – weil er daran glaubt.

DRR: Kannst Du einen generellen Überblick geben über die militante Naziszene in Schweden, über ihre Organisationen und deren Bedeutung?

Larsson: Die wichtigste Naziorganisation in Schweden ist zur Zeit „Blood & Honour" (B & H). Das ist ein Netzwerk verschiedener Racehate-Produktionsfirmen, wie „Ragnarock-Records", die „NSAD-Videoproduction", die „Combat 18-Production" aus Großbritannien. B & H breitet sich ziemlich rapide über ganz Europa aus, und sie hoffen besonders auf Osteuropa als Markt zum Expandieren.

Ich würde sagen, Schweden ist jetzt gerade der Kulminationspunkt ihrer internationalen Aktivitäten, hier befinden sich die Produktionsfirmen von White Power-Musik, die in ganz Europa vertrieben wird. Schweden ist wichtig geworden, weil sie dort leicht operieren und Organisationen aufbauen können, die z.B. in Deutschland verboten würden. B & H ist eine ziemlich kleine, elitäre Bewegung; die, die dort etwas zu sagen haben, sind eher wie eine Firma.

Die größte politische Partei der Nazis in Schweden ist die „Nationalsozialistische Front". Sie versucht, eine traditionelle Arbeiterpartei mit Massenbasis zu bilden. Ich denke, daß sie im letzten Jahr die Spitze erreicht haben und zur Zeit an Bedeutung verlieren.

Die dritte sehr bedeutsame Organisation befindet sich in Stockholm, es ist die „Nationale Jugend", eine kürzlich gegründete Organisation, die die Naziszene zusammenfaßt. Die drei Leute, die wegen des Mordes an Björn Söderberg verhaftet wurden, sind auch mit dieser Organisation assoziiert, und sie haben auch Verbindungen zur „Anti-Antifa". Dann gibt es noch einige kleinere, unwichtigere Gruppen.

Wichtig ist auch, daß sich Mitte der 90er die extreme Rechte in zwei Sektionen teilte, die einen wurden militante Neonazis, etwa 1.000 Leute und 2.000 Anhänger. Die anderen wurden respektabel, sie sind hauptsächlich in der „Demokratischen Partei", welche bei den letzten Wahlen 8 Sitze in lokalen Parlamenten bekam, und wenn man die Parteien zusammennimmt, die bei den letzten Wahlen mit rassistischen Programmen antraten, wählten insgesamt 100.000 Leute rassistisch.



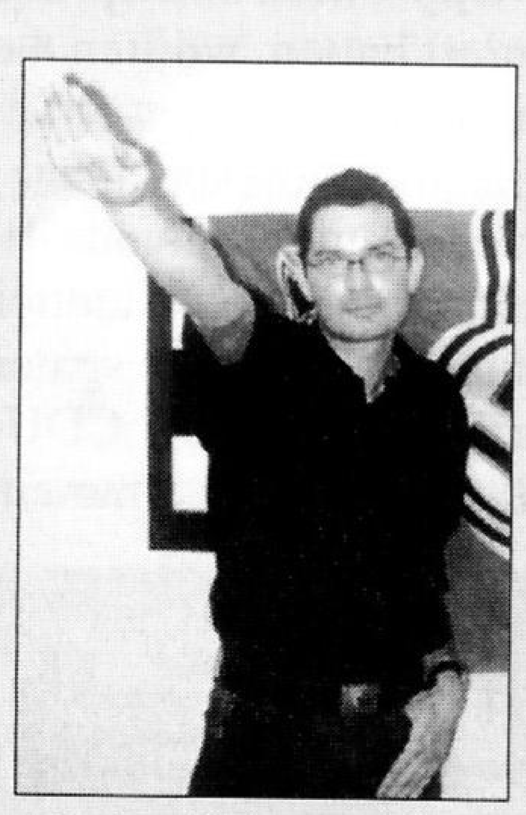
DRR: Gibt es internationale Verbindungen, besonders zu deutschen Neonazis?

Larsson: Wir müssen uns klarmachen, daß die Nazibewegung eine internationale Bewegung *ist*. Die WhitePower-Musikindustrie basiert darauf, Grenzen zu überqueren und eine paneuropäische Bewegung zu etablieren. Und natürlich haben sie internationale Kontakte. Deutsche kommen zu Heß-Märschen, zu Hitler-Geburtstagen, zu Konzerten nach Schweden. Die Nazis in den europäischen Organisationen sehen Schweden als einen sicheren Hafen an. Z.B. lebten zwei österreichische Nazis, die wegen der Briefbomben Anfang der 90er gesucht wurden, während ihrer Flucht in der Zentrale von „Ragnarock". Sie halfen, CD-Cover zu designen und brachten den schwedischen Nazis bei, wie man Briefbomben herstellt. Und der Chef der „Anti-Antifa" in Berlin lernt Schwedisch. Die Militanten kriegen ihre Anregungen aus Großbritannien, von B & H und „Rock against Communism", den „Aryan Nations" und „The Order" in den USA, die in die schwedische Strategie eingegliedert sind, was wiederum ein Modell für Nazis anderswo ist, vermutlich das erste Mal überhaupt, daß die schwedischen Nazis Vorbild sind. Was in Schweden passiert, hat nicht unbedingt Auswirkungen auf andere europäische Länder, aber umgekehrt. Wir müssen uns eine Strategie überlegen, die es ermöglicht, europaweit mit Phänomenen wie Haider umzugehen. Wenn etwas Ähnliches in Deutschland passiert, haben wir in Schweden ein Problem.

Das Interview führte Cordelia Heß für die Zeitschrift DER RECHTE RAND.

Rechter tötet Polizisten

Mutmaßlicher Mörder der drei Mitte Juni in Dortmund und Waltrop getöteten Polizeibeamten ist der 31-jährige Dortmunder Neonazi Michael Berger. Auch wenn der Dortmunder Polizeipräsident noch einen Tag nach der Bluttat behauptet, der Täter sei bei der Polizei und dem Verfassungsschutz nicht als Angehöriger der extremen Rechten bekannt, war schon zu diesem Zeitpunkt klar, dass es sich bei Berger, der sich nach den Todesschüssen selbst das Leben genommen hat, eindeutig um einen Rechten handelt. Er war Mitglied der DVU, die er verließ, da sie ihm zu „lasch" war. Nach einem Abstecher bei den REPs wandte er sich der NPD in Dortmund zu. Hier soll er beste Kontakte zu Siegfried Borchardt, dem ehemaligen Landesvorsitzenden der 1995 verbotenen FAP, gehabt haben. „Der Spiegel" spekulierte in seiner Ausgabe vom 19. Juni, dass Berger an der Vorbereitungen eines Terroranschlages beteiligt gewesen sei, diese Erkenntnisse lägen dem Verfassungsschutz vor. Aus Angst erkannt zu werden, habe er die Polizisten erschossen. Die Verfolgungsbehörden gehen dagegen weiter von einer unpolitischen Tat aus. In der „Bild-Zeitung" war zu lesen, Bergers Ex-Freundin habe ihn mit einem Polizeibeamten „betrogen". Das könne zu der Bluttat geführt haben.



Michael Berger

Korinna Klasen & Ulli Jentsch

Erlebnispark Deutschland

Erfolgreich mobilisierte die bundesweite Nazi-Szene zum diesjährigen 1.Mai ihre Anhängerschaft. Angeführt von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und im Bündnis mit den „Freien Kameradschaften“, „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ demonstrierten über 2700 Nazis durch sieben Städte. Sie wurden teilweise massiv, zum Teil gar nicht durch antifaschistische Gegenaktionen gestört.

Schon im Vorfeld des diesjährigen 1.Mai war deutlich geworden, dass die NPD eine neue Taktik anwenden würde, nachdem der letztjährige Aufmarschversuch in Bremen so gefloppt war: über ein Dutzend Demonstrationen, über die gesamte Republik verteilt, wurden angemeldet. In vielen Städten genehmigten die Innenbehörden die NPD-Aktionen nicht. In den meisten Fällen folgten die Gerichte den Verbotsbegründungen allerdings nicht. Nur in Thüringen blieben alle Demonstrationen verboten (Weimar, Erfurt, Gera, Jena), Hannover wurde abgesagt. Eine Ausnahme war Grimma: die Stadtverwaltung unternahm nichts gegen die NPD-Demonstration. Im mecklenburgischen Stralsund hingegen meldeten die örtlichen NPD-Funktionäre am Morgen des 1. Mai die genehmigte Kundgebung ab.



Auch am 1. Mai beteiligte sich B & H an den Nazi-Aufmärschen - hier in Berlin

Zentralen Stellenwert hatte der Aufmarsch in Berlin. Im Berliner Stadtteil Hellersdorf, einer Hochburg der NPD, marschierten über 1000 Nazis auf. Während eine antifaschistische Gegendemonstration ebenso verboten wurde wie eine Reihe von Kundgebungen, genehmigte das Oberverwaltungsgericht die NPD-Kundgebung unter Auflagen. Dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ folgten vor allem die Strukturen der „Freien Kameradschaften“, von „Blood & Honour“ und „Hammerskin“-Gruppen aus Norddeutschland, dem Ruhrgebiet und Ostdeutschland. Redner waren Anmelder Andreas Storr, Christian Worch, Friedhelm Busse und Jonni Hansen aus Dänemark. Nur wenigen AntifaschistInnen gelang es, trotz des massiven Polizeiaufgebotes den Nazis etwas entgegenzusetzen. Eine Gruppe von 50 Personen entrollte auf dem Kundgebungsplatz zwischen den zunächst verdutzten, dann aggressiven Nazis ein Transparent. An den Dutzenden von Vorkontrollen hagelte es hingegen Festnahmen: 170 Personen wurden in Unterbindungsgewahrsam geschickt.



Ruhrpott-Kameradschaft in Wetzlar

Erst kurz vor Ende der Berliner Kundgebung war der von Christian Worch angeführte Konvoi aus Norddeutschland angekommen. Sie hatten noch einen Zwischenstopp in Neuruppin eingelegt. 350 Neonazis marschierten eine halbe Stunde lang unbehelligt durch die nord-brandenburgischen Kleinstadt. Die sieben Busse und zahlreichen PKWs waren von der mecklenburgischen Polizei zwar bis zur brandenburgischen Landesgrenze begleitet worden, dann durfte sich der Nazikonvoi ungehindert nach Neuruppin und weiter nach Berlin-Hellersdorf bewegen. Die Tatsache, dass sich die Polizei in Neuruppin auf Verkehrsregelung beschränkte und keinerlei Anstalten machte, einzugreifen, sorgte im Nachhinein in den brandenburgischen Medien und der Lokalpolitik für erhebliche Kritik. Nicht einmal die Kennzeichen der Busse wurden laut Presseberichten aufgeschrieben.

Dem mitgliederstärksten Landesverband der NPD in Sachsen gelang es, rund 1.000 Neonazis auf die Straße zu bringen. In Dresden versammelten sich rund 300 Nazis, darunter Gruppen aus Sachsen-Anhalt, „Blood & Honour Süd-Brandenburg“, der „Nationale Widerstand Oberlausitz“ und Kameraden aus Österreich. AntifaschistInnen griffen den Aufmarsch und Nazis, die sich außerhalb der Demo bewegten, mehrfach an. Großflächige Transparente an Dresdener Denkmälern am Auftaktplatz - u.a. war am Dresdener Schauspielhaus ein Transparent mit der Aufschrift „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ zu lesen - sorgten für unübersehbaren Protest. Einziger Redner auf der immer wieder von Protesten gestörten Abschlusskundgebung war der „Deutsche Stimme“-Chefredakteur Jürgen Distler.

In Grimma zogen rund 600 Neonazis relativ ungestört durch die Stadt. Manfred Roeder und Holger Apfel hielten hier die Reden. Die von einem Wurzener PDS-Stadtrat angemeldete Gegendemo polarisierte die Parteien mehr als die Nazi-Provokation. Die städtischen Bedenkenträger engagierten sich lieber im überparteilichen Bündnis „Die Welt ist bunt..“, das öffentlich Tücher bunt färbte. Vor allem die CDU lehnte die linke Demo wegen zu erwartender Gewalttätigkeiten und weil sie sich zu einseitig gegen die NPD richte ab. 350 Menschen ließen sich von der Hetze nicht abhalten, 17 Personen wurden festgenommen.

Im hessischen Wetzlar mußte die NPD an den Stadtrand ausweichen. Bewacht von 300 Polizisten versammelten sich etwa 120 Rechtsextreme. Als Redner unter dem Motto „Arbeitsplätze für Millionen - statt Profite für Millionäre - Stoppt die Globalisierung“ waren u.a. Doris Zutt, Horst Mahler, Udo Voigt und Liedermacher Frank Rennicke angekündigt. In der Innenstadt mobilisierte der DGB gemeinsam mit dem Antifaschistischen Bündnis und Kirchen rund 2.500 Menschen zu einer Kundgebung „Gegen Gewalt und Intoleranz“.

Im bayerischen Fürth gelang es rund 800 autonomen AntifaschistInnen und einem breiten Bündnis, das ca. 2.000 Menschen mobilisieren konnte, durch mehrfache Straßenblockaden und massive Präsenz entlang der gesamten Aufmarschroute der 500 Neonazis, mehrere Routenänderungen durchzusetzen und den „zentralen Aufmarsch für Süddeutschland“ mehrfach zu stoppen. Ein „Kesselchen“, in dem die bayerische Bereitschaftspolizei eine große Gruppe von AntifaschistInnen und empörten BürgerInnen für eine halbe Stunde festhielt, um den Weitermarsch der Neonazis zu ermöglichen, wurde sowohl von Lokalpolitikern und Gewerkschaftern als auch der Lokalpresse als „überzogen“ kritisiert.

In Ludwigshafen bestimmten „Freie Kameradschaften“ und „Blood & Honour“ das Bild der von der NPD angemeldeten Demonstration. U.a. redeten Sascha Wagner (JN-Landesvorsitzender), Siegfried Bülow (NPD-Landesvorsitzender) und Mike Layer (stv. JN-Bundesvorsitzender) zu den ca. 200 Teilnehmern. Rund 400 AntifaschistInnen gelang es durch eine Platzbesetzung, den Neonazis ihren Sammelpunkt wegzunehmen; eine Spontandemonstration und Straßenblockaden sorgten dafür, den Neonaziaufmarsch erheblich zu verzögern und zu behindern. Auch hier kesselten Polizeibeamte rund 100 AntifaschistInnen ein. Nicht nur das Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar kritisierte den Polizeieinsatz als einseitig gegen AntifaschistInnen gerichtet. Im nahegelegenen Mannheim hatte in der Nacht zum 1. Mai eine Gruppe von jugendlichen Neonazis - darunter nach Angaben von AntifaschistInnen auch der 16jährige Anti-Antifa-Aktivist Ronnie Reimer aus Schifferstadt - versucht, einen Brandanschlag auf das selbstverwaltete autonome Jugendzentrum JUZ zu verüben. Das Feuer konnte jedoch schnell gelöscht werden, und nach Polizeiangaben wurden acht Tatverdächtige vorübergehend in Gewahrsam genommen.

Sönke Braasch

„Bündnis Rechts“: Südkontakte

Der Zusammenschluss von Rechtsextremisten verschiedener organisatorischer und parteipolitischer Provenienz zu einer neuen Organisation stellt eine Normalität in der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus dar. Im September 1996 wurde nach langer Vorbereitungszeit im schleswig-holsteinischen Hartenholm (Kreis Segeberg) das „Bündnis Rechts für Deutschland“ als solch ein Zusammenschluss aus der Taufe gehoben. Ziel dieses „Bündnis“ soll es sein, die „Zusammenarbeit der Rechten in Deutschland“ anzustreben, keine Konkurrenz zu den bestehenden Parteien, sondern eine Einigung dieser Parteien zu erreichen. Das „Bündnis Rechts“ ist eine inzwischen bundesweit tätige, neonazistische Kleinorganisation mit Kader-Charakter.

Bei der Entstehungsgeschichte des „Bündnis Rechts“ (BR) stand die NPD Pate. Gegenwärtig ist die Haltung der NPD gegenüber dem „Bündnis“ ambivalent. Das BR ist, so der letztjährige Verfassungsschutzbericht des Landes Hamburg, ein spezieller Fall der Zusammenarbeit mit der NPD. „Bei dem BRL handelte es sich um eine im wesentlichen aus NPD-Mitgliedern und Neonazis bestehende rechtsextremistische Wählergemeinschaft, die im März 1998 zu der Kommunalwahl in Lübeck antrat und dort 3,6 % der Stimmen erreichte. Während die NPD-Mitglieder im wesentlichen den formalen Organisationsrahmen des BRL stellten, übernahmen die Neonazis unter Federführung des Personenkreises um Wulff die Verteilung von umfangreichem Propagandamaterial und zeichneten auch ansonsten für die Gestaltung des Wahlkampfes verantwortlich.“ Formal gehören die beiden Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff seit 1998 nicht mehr dem Vorstand des „Bündnis Rechts“ an, treten aber weiterhin regelmäßig für das „Bündnis“ in Erscheinung. Vorsitzender des „Bündnis Rechts für Lübeck“ ist Dieter Kern, Mitglied der NPD und der, bereits gescheiterten Sammlungspartei, „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Kern war beim Umweltamt der Stadt Lübeck angestellt, als er im August 1997 vorübergehend fristlos gekündigt wurde. Der Umweltschutztechniker Kern trat als BRL-Spitzenkandidat der zehnköpfigen Liste zur Kommunalwahl am 22. März 1998 in Lübeck an. Die „Republikaner“ verzichteten auf eine eigene Wahlteilnahme in der Hansestadt. Mit 3,6 Prozent verfehlte das Wahlbündnis den Einzug in den Stadtrat, dennoch habe das Bündnis bewiesen, „dass es politikfähig und in der Lage ist, bestimmte Themen in die breite Öffentlichkeit zu tragen und seine Standpunkte glaubhaft zu vertreten“, so Thomas Wulff für das „Bündnis Rechts“ in einem in dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ veröffentlichten Beitrag. Mitte Dezember 1998 wurde ein weiterer Landesverband des „Bündnis Rechts“ in Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

Am 5. Mai des vergangenen Jahres veröffentlichten das „Bündnis Rechts“ und die „Vereinigte Rechte“ (VR) - eine weitere, im Süden der Bundesrepublik beheimatete rechtsextreme Sammlungsorganisation - eine Erklärung, in der „eine gemeinsame strukturübergreifende Verknüpfung auf personeller und logistischer Ebene“ bekannt gegeben wurde. „Deshalb fordern wir hiermit alle Nationalisten auf, eine geschlossene nationale Bewegung zu unterstützen, um dem Treiben dieses `sogenannten Rechtsstaates´ wirkungsvoll entgegenzutreten.“ Bei der baden-württembergischen Kommunalwahl im Oktober vergangenen Jahres trat die „Vereinigte Rechte“ in einigen Städten und Kommunen gemeinsam mit der NPD zur Wahl an. Diese politische Zweckehe wurde, nicht zuletzt aufgrund der Erfolglosigkeit an den Wahlurnen, zu Grabe getragen. Bei einer knappen Handvoll Bürgermeisterwahlen im schwäbischen Remstal treten im Sommer Kandidaten der „Vereinigten Rechten“ an. In der Winzergemeinde Weinstadt kandidiert der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende des Rems-Murr-Kreises, Julius Jäger. Noch im Mai des vergangenen Jahres organisierte Jäger einen Aufmarsch der NPD in seiner Heimatstadt Waiblingen. Am 27. März 2000 wurde eine Presseerklärung veröffentlicht, in der der Beitritt der angeblich 451 Mitglieder starken „Vereinigten Rechten“ zum „Bündnis Rechts“ bekannt gegeben wurde: „Die Vereinigte Rechte (VR) unter Vorsitz von Mario Meurer hat sich entschlossen, zum Zweck der nationalen Vernetzung, dem Bündnis RECHTS beizutreten.“ Zwei Tage zuvor fand die zweite ordentliche Mitgliederversammlung statt. Dieter Kern wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, zu seinen Stellvertretern wurden W. Meyer und Gunnar Lehmann gewählt. Zu neuen Beisitzern wählten die anwesenden Mitglieder Thorsten Thomsen – er bekleidet zusätzlich das Amt des Pressesprechers - , den ehemaligen FAP-Funktionär Detlef Brüel, die „Anti-Antifa“-Aktivistin Thekla Kosche, O. Raninger und T. Krüger. Als Gast war der NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein und DLVH-Sprecher Ingo Stawitz anwesend auf der Veranstaltung in Schleswig-Holstein.



Kern, Worch, Kosche (li. von oben nach unten), Wulff, Pfingsten, Borchert (re.)

Seit Juli 1999 veröffentlicht das „Bündnis Rechts“ ein politisches Mitteilungsblattes mit dem Titel „Lübscher Aufklärer“. Bisher liegen sechs Ausgaben des „Lübschen Aufklärer“ vor. Zu den Autoren der Postille im DIN-A5-Format zählen Mario Meurer, Gabriele Schlauch, Klaus Zeiger, der von der DVU zur VR übergetretene Landtagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt Torsten Miksch, Rainer Wilke, Georg Paletta von der revisionistischen „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V.“ (IWG), Günter Kursawe, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des 1993 verbotenen „Nationalen Blocks“, Lisa Beckmann, Sven Grade, Gerhard Lange, Gunnar Lehmann, Stephan Pfingsten, Christian Worch, der ehemalige Kopf der verbotenen „Nationalen Liste“, Hans Hallig, Julius Becker und Dennis Entenmann. Der in der Nazi-Szene vor allem wegen seines obskuren Geschäftsgebarens heftig umstrittene Entenmann stellte sein inzwischen inaktives „Nationales Infotelefon“ vorübergehend in den Dienst des „Bündnis Rechts“. Die beiden Vorstandsmitglieder Kosche und Thomsen, ehemaliges Landesvorstandsmitglied des „Bund Freier Bürger“ in Schleswig-Holstein und früherer stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Freiheitlichen“, gehören der Redaktion als einzige Mitarbeiter an. Beckmann und der auch bei der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ engagierte Thomsen gehören außerdem zu den Autoren der Zeitschrift „Metapo“ des neurechten „Thule-Seminars“.

Hingewiesen wird im „Lübschen Aufklärer“ auf weitere rechtsextreme Organisationen, Publikationen und Personen wie die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“, den „Deutschen Freundeskreis Schwaben“ um Entenmann oder das „Zentralorgan“. Manfred Roeder von der „Deutschen Bürgerinitiative“ war in der November-Ausgabe ausführlicher Interviewpartner. Zuletzt kam Dieter Kern in einem Interview in der „Deutschen Stimme“ zu Wort, obwohl sich die „damals am Bündnis beteiligte NPD“ heute vom „Bündnis Rechts“, so das NPD-Organ, „distanziert“. Im Oktober veranstaltete das „Bündnis Rechts“ erneut einen seiner zahlreichen Aufmärsche bzw. entsprechender Versuche. Ziel des letzten Aufmarsches war ein alternatives Wohnquartier in Flensburg. Zur Mobilisierung bei Aufmärschen wie diesem nutzt das „Bündnis Rechts“ auch ihr Infotelefon. Für seine Idee, sein Konzept und seine Struktur mobilisiert das „Bündnis“ inzwischen in der gesamten Bundesrepublik. Das „Bündnis“ wird immer mehr zum Selbstzweck mit Erfolgsaussichten, die sicherlich nicht besser sind als die der gescheiterten „Deutschen Liga für Volk und Heimat“.

Heribert Schiedel

Das Modell Österreich

Die Bereitschaft, die FPÖ als das zu bezeichnen, was sie ist, wächst mit der (nicht nur räumlichen) Distanz. Die Kritik an den österreichischen Zuständen schwächt sich jedoch durch ihre Fixierung auf Jörg Haider und dessen Äußerungen. Auch wenn Haiders formaler Rücktritt von der Parteispitze fast überall als bloß taktische Frontbegradigung ohne tatsächliche Folgen für die ideologische Ausrichtung der FPÖ erkannt wurde, so verliert insbesondere die massenmediale Berichterstattung zunehmend ihren Gegenstand. Demgegenüber steht eine antifaschistische Publizistik, welche die FPÖ unter mehreren Aspekten als rechtsextreme Bewegung analysiert. Einigen dieser Aspekte soll im Folgenden besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Freiheitlicher Antisemitismus

Für den FPÖ-Bundesrat John Gudenus handelt es sich bei den Ende Mai ausgehandelten Entschädigungszahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen um „Schutzgeld", welches Österreich - von einer jüdischen Mafia? - abgepresst werde. Der New Yorker Opfer-Anwalt Ed Fagan ist Jude und somit für Gudenus „ein guter Geschäftsmann". Mit dem obligaten drohenden Unterton stellt der FPÖ-Politiker weiters fest, dass Fagan nicht dazu beitrage, „Sympathien für seinesgleichen zu erwecken." Gudenus will aber „nicht verallgemeinern" - und entdeckt Nicht-Juden, die sich jüdisch verhalten: „Es gibt in Deutschland auch den Anwalt Witti, von dem ich annehme, dass er nicht jüdischer Abstammung ist - und er agiert ähnlich als Geschäftsmann."

Derartigen Wortspenden zum Trotz hält sich von all den Vorurteilen über die FPÖ eines besonders hartnäckig, nämlich jenes, wonach sich diese in Sachen Antisemitismus seit 1986 nichts zu Schulden kommen ließ. Ob und inwieweit Haider und die Seinen demgegenüber als antisemitisch zu bezeichnen sind, entscheiden hierzulande die Gerichte. Wolfgang Neugebauer, Leiter des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes, wurde vom FPÖ-Obmann beklagt, weil er ihm einen „Antisemitismus der besonders perfiden Art" attestiert hatte. Neugebauers Einschätzung basierte auf Haiders Abwehr der Kritik aus Israel. Unmittelbar nach den Nationalratswahlen vom Oktober 1999 bezeichnete der siegreiche Agitator diese als „hysterische Akte", welche den jüdischen Bürgern in ganz Europa schaden würden. „In einer zivilisierten Welt", so Haider weiter, „agiert man nicht mit Drohungen, sondern setzt sich bei Meinungsverschiedenheiten an den Verhandlungstisch." Tatsächlich werden hierzulande Rassismus und Antisemitismus nicht nur von Haider als Meinungen verharmlost und deren Akzeptanz zum Ausdruck von Zivilisiertheit genommen. Haiders Wortmeldung gipfelte im antisemitischen Standardsatz, wonach die Juden und Jüdinnen an ihrer Verfolgung selbst schuld seien: „Es gibt genügend Leute, die sagen: 'Wir wissen jetzt, warum Antisemitismus entsteht.'"

Auch Ariel Muzicant, Präsident der *Israelitischen Kultusgemeinde*, muss vor Gericht. Sein Vergehen bestand darin, auf das wachsende Aggressionspotential der AntisemitInnen rund um die letzte Nationalratswahl hinzuweisen: Mit der damaligen FPÖ-Agitation gegen „Überfremdung" hätten antisemitische Drohbriefe und Pöbeleien rapide zugenommen. Weil Muzicant dafür explizit die FPÖ verantwortlich machte, wurde er von Haider umgehend beklagt. Daneben gründeten die Opfer gewisser Kreise kurz nach Muzicants Hinweis auf den Charakter der FPÖ eine „Schutzgemeinschaft freiheitlicher Wählerinnen und Wähler" (SG). Dabei handle es sich um eine „Notwehrreaktion", welche „sich gegen die momentan in Österreich stattfindende Diffamierung und Hetze gegen die Freiheitliche Partei und deren Wähler richte." Die SG will sich „unsere Wähler, Mitglieder und Sympathisanten nicht länger psychisch und physisch diffamieren und abwatschen" lassen und sich dagegen „mit rechtsstaatlichen Mitteln wehren". Der FPÖ-Generalsekretär behauptete öffentlich, dass nicht seine Truppe, sondern Muzicant „an der Schraube des Hasses" drehe. Ein FPÖ-Nationalrat und SG-Aktivist ging noch einen Schritt weiter und nannte Muzicants Kritik „übelsten NS-Jargon". Dass es sich demgegenüber bei den Freiheitlichen um die „Juden von heute" handelt, beklagte Haider schon vor Jahren.

Die Täter-Opfer-Umkehr ist nicht nur strategisches Kalkül, sondern auch Ausdruck paranoider Aufrichtigkeit von AntisemitInnen, die sich tatsächlich von Juden und Jüdinnen verfolgt wähnen. Haider entlarvte etwa „hohe Funktionäre der jüdischen Gemeinde in Wien", welche versucht hätten, „beim State Department in Washington gegen uns Stimmung zu machen", als Drahtzieher der angeblichen Kampagne gegen Österreich.

Im FPÖ-Vorfeld hat sich die Wochenzeitung „Zur Zeit" (ZZ), ein Ableger der „Jungen Freiheit", als Brücke zum Konservativismus etabliert. Als Herausgeber der Wochenzeitung agieren Botschafter i. R. Josef Dengler, der eingangs erwähnte Gudenus und der kulturpolitische Berater des Kärntner Landeshauptmannes, Andreas Mölzer. Die FPÖ unterstützt dieses Blatt mit ganzseitigen Inseraten, unter den Autoren finden sich Funktionäre der nunmehrigen Regierungspartei. Der Antisemitismus stellt in ZZ die ideologische Klammer dar, welche das neue Bündnis mit katholisch-konservativen Kreisen zusammenhält. Neben der religiös motivierten Judenfeindschaft findet hier vor allem der so genannte sekundäre Antisemitismus Verbreitung. Dieser rührt aus der aggressiven Abwehr der Schuld und Erinnerung. Offen zutage tritt dieser Antisemitismus nach und wegen Auschwitz in der Verharmlosung oder Leugnung der NS-Verbrechen.

1999 nannte ein ZZ-Autor Hitler einen „großen Sozialrevolutionär(s)", dessen Stellvertreter Heß einen „kühnen Idealisten". Die Schuld Nazi-Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde durchweg geleugnet; nicht die NS-Führung, sondern Churchill habe „Europa in die Katastrophe" gestürzt. Der Überfall auf die Sowjetunion wurde in ZZ zu einer „notwehrhaften Präventivaktion" „zum Schutz Europas", der Holocaust und die Anzahl der sechs Millionen Opfer desselben zum „Dogma" und „Mythos", welcher „im größten Schauprozess der Weltgeschichte in Nürnberg institutionalisiert" wurde und „sich nur mehr quasireligiös begründen" lasse. Neben der quantitativen Verharmlosung dieses Verbrechens wurde auch dessen einzigartige Qualität in Zweifel gezogen. Im Rückgriff auf bekannte Geschichtsfälscher wurde die Unmöglichkeit der „Massenvergasungen mittels Zyklon-B" in den nationalsozialistischen Lagern behauptet. Nach einer Anzeige begann die Justiz noch im Juni 1999 mit Ermittlungen gegen den Autor und den ZZ-Chefredakteur Mölzer. Dessen Brötchengeber Haider reagierte auf das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wie erwartet: Anstatt um solche „Randthemen" - gemeint ist die Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen - solle sich die Justiz besser um „Kinderschänder" kümmern. Tatsächlich gab das Justizministerium im Mai 2000 bekannt, dass das Verfahren gegen Mölzer eingestellt worden sei. Gegen den Autor werde hingegen weiter wegen

CDU gegen Sanktionen gegen Österreich

Ende Mai diesen Jahres besuchte der Regierende Bürgermeister Berlins, Eberhard Diepgen (CDU), zusammen mit der 75-köpfigen CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses die österreichische Hauptstadt Wien. Dabei positionierte sich die Gruppe einstimmig gegen die von den EU-Mitgliedsstaaten gegen Österreich erhobenen Sanktionen. Diese waren nach der Regierungsbeteiligung der rechtsradikalen FPÖ von den EU-Staaten beschlossen worden. Die Berliner CDU-Fraktion verabschiedete auf einer Klausurtagung in Wien eine Resolution zur „unverzüglichen Aufhebung der für die österreichische Bevölkerung demütigenden Sanktionen". Diepgen forderte, „in stiller Diplomatie zur Normalität zurückzukehren". Darauf entgegnete der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) dankbar: „Das werden wir Ihnen nie vergessen."

des Verdachtes des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz ermittelt.

Von der Untätigkeit der Behörden ermuntert, macht Mölzer weiter. Als „Norbert Niemann" verlangt er in ZZ ein Ende der „Vergangenheitsbewältigung": „Nun heißt es zwar im alttestamentarischen Denken, dass gesühnt werden müsse bis 'ins siebente Glied', in einer zunehmend schnelllebiger werdenden Zeit sind die Ereignisse in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts aber für die heutige Generation in eine derartige Ferne gerückt, dass trotz ständiger medialer Aufbereitung und trotz der intensivsten Bemühungen Hollywoods ein Schuldbewusstsein kaum mehr vorhanden sein kann." Der Wunsch ist der Vater des Gedankens, wenn Mölzer meint, „weitere Forderungen nach Wiedergutmachung (...) (müssen) für neue Generationen immer mehr nach brutalem 'Abzocken' und 'Abkassieren' aussehen". Neben dem „alttestamentarischen Hass" wird mit der Behauptung, die Juden und Jüdinnen seien selbst am Antisemitismus schuld, ein weiteres antisemitisches Stereotyp aufgewärmt: „Das, was es bislang höchstens noch als ein Vorurteil unter vielen anderen in unseren Breiten gegeben hat, nämlich den Antisemitismus, könnte auf diese Art wieder entstehen. Nehmen dies die Betreiber der erneuerten Wiedergutmachungsforderungen bewusst in Kauf?" Auch die Behauptung, die „Juden" würden den Holocaust zu ganz anderen Zwecken ausnützen, darf in Mölzers Schlussstrichforderung nicht fehlen. So behauptet er, die „Debatten" um Wiedergutmachungen seien ein „Instrument aktueller politischer Bestrebungen".

Damit dürfte Mölzer voll auf Parteilinie liegen, werden doch im offiziellen FPÖ-Organ „Neue Freie Zeitung" ähnliche Töne angeschlagen. Unter dem Titel „Der Holocaust als Geldquelle" wird dort die Shoah zunächst zum Gerücht: „Zwischen vier und sechs Millionen Todesopfer soll, je nach Lesart und Geschichtsschreibung, allein der Holocaust gefordert haben." Dieser diene den Juden und Jüdinnen nicht nur als „cash-cow", sondern auch „als Druckmittel mit Killerargument-Qualität zur Durchsetzung vordergründiger Interessenlagen". Und das Blatt der niederösterreichischen FPÖ meint über die von der SPÖVP-Regierung eingesetzte HistorikerInnenkommission zur verspäteten Aufarbeitung volksgemeinschaftlicher Raubzüge: „Herrn Simon Wiesenthal räumt man das Recht ein, einen Ausländer für eine Kommission zu nominieren, der Vorsitzende selbst, Clemens Jabloner, sagt im Profil Nr. 41, dass er aus einer 'jüdischen Familie stammt und Mitglied der israelitischen Kultusgemeinde ist.' Hier endet einfach die Glaubwürdigkeit in diese 'unabhängige' Kommission, da, und dies sei sachlich festgestellt, die in Österreich lebende jüdische Bevölkerung in höchsten staatlichen und privaten Stellen und in Banken ungewöhnlich stark präsent ist. Darüber zu sprechen, fällt unter Rassismus und schon ist man eingeschüchtert!"

Mit dem Einsetzen der diplomatischen Isolierung der österreichischen Regierung seitens der übrigen EU-Staaten wurden im FPÖ-Vorfeld noch schärfere Töne angeschlagen. In einer Sondernummer von ZZ werden etwa die „Hintergründe" der heftigen Kritik an der FPÖ-Regierungsbeteiligung aufgedeckt, nämlich „der alte Deutschenhass, der auf dem kleinen Österreich abgeladen werden kann, und jüdisch-israelische Ambitionen, einen Buhmann zu haben, um weitere finanzielle Forderungen zu legitimieren". Mölzer sieht Österreich als Opfer der altbekannten antideutschen (=„jüdischen") Verschwörung. So hält er es für „bequem, das kleine Land zu prügeln, wenn es darum geht, die Deutschen insgesamt bußfertig und zahlungsbereit zu halten."



Antifaschistische Aktion gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung

Völkische Kaderschmieden

Offener noch als in „Zur Zeit" werden in der Grazer „Aula" antisemitische Ressentiments geschürt. Dieses „freiheitliche Magazin" wird von den gleichnamigen „Akademikerverbänden" (FAV) herausgegeben und gilt als Zentralorgan des burschenschaftlichen Milieus. Die seit mehr als 100 Jahren im Zentrum der antisemitischen Agitation stehenden Burschenschaften stellen die zentralen Kaderschmieden der FPÖ dar. Nach der Eskalation des rechtsextremen Terrors, als dessen ideologische Stichwortgeberin die bis dahin mit öffentlichen Geldern unterstützte „Aula" identifiziert worden war, machte sich 1995 an der FPÖ-Spitze eine gewisse Absetzbewegung vom burschenschaftlichen Vorfeld bemerkbar. Getrübt wurde das Verhältnis darüber hinaus durch die programmatischen Anpassungsversuche der FPÖ an den Konservativismus. Im Zuge der Vorbereitungen zur Koalition mit der ÖVP wurde nämlich 1997 im neuen Parteiprogramm mit zwei zentralen freiheitlichen Traditionslinien - der antiklerikalen und der deutschnationalen - gebrochen. Während ein „Christentum, das seine Werte verteidigt" Eingang ins FPÖ-Programm fand, wurde das offene Bekenntnis zur Mitgliedschaft in der „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" gestrichen. Statt dessen ist nun die Rede von der Zugehörigkeit der „überwiegenden Mehrheit der Österreicher" zur „Volksgruppe" der „Deutschen".

Doch vergeben und vergessen: Mit der FPÖ-Regierungsbeteiligung rückten Burschenschafter in die Zentren der politischen Macht vor. Der FPÖ-Parlamentarier und „Olympia"-Burschenschafter Martin Graf vermeldet stolz, dass schon in „den letzten Jahren (...) die Burschenschafter in der FPÖ wichtiger geworden (sind)." Tatsächlich befinden sich ganze FPÖ-Landesorganisationen, wie z.B. die Wiener, fest in Händen von Burschenschaftern. Das daraus resultierende wachsende Selbstbewusstsein lässt die Germanomanen zunehmend jede taktische Rücksichtnahme vergessen. So meint Graf über den 1991 verstorbenen Neonazi und in Italien wegen mehrfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Norbert Burger, wie er „Alter Herr" der Wiener „Olympia": „Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über den Tod hinaus." Aber die „Olympen" schätzen nicht nur tote Neonazis: Am 17. Juni sollte Frank Rennicke mit seinen Liedern das „Hoffest" dieser berüchtigten Korporation beehren. Schon im Mai wurde eine Delegation der „Olympia" beim „Vlaams Blok" vorstellig.

Neben Ämtern und Posten erhofft sich das burschenschaftliche FPÖ-Vorfeld von der neuen Regierung ein Aufweichen der NS-Verbotsgesetzgebung. Graf sah durch diese jüngst „die Meinungsfreiheit und die politische Tätigkeit" eingeschränkt. Insbesondere an Justizminister Dieter Böhmdorfer, Haiders Vertrauter seit den gemeinsamen Tagen bei der „Burschenschaft Silvania", knüpfen sich die offen formulierten Erwartungen der „Opfer des antifaschistischen Gesinnungsterrors".

Angesichts der zahllosen Überschneidungen überrascht es nicht, dass selbst FPÖ-Parlamentarier „Aula" und FAV zu ihren „Vorfeldorganisationen" zählen. Über diese laufen wie gesagt die Kontakte zu ausländischen Rechtsextremisten und Neonazis. So referierte auf Einladung des „Freiheitlichen Akademikerverbandes für Wien, Niederösterreich und Burgenland" im November 1999 Horst Mahler in Wien. Dabei gab er seiner Bewunderung Hitlers unverhohlen Ausdruck: „Hitler hat die nationalrevolutionären und sozialrevolutionären Kräfte dieses Volkes aufgegriffen und gebündelt." Nachdem er den Nationalsozialismus als „Revolution" affimiert hatte, wandte sich Mahler aktuellen Bedrohungen zu: den „Türken", welche sich

anschickten, Deutschland „von innen her“ zu übernehmen, der „Umerziehung“, die dafür verantwortlich sei, dass „unser Volk es nicht mehr wagt, sich der Auslöschung durch Überfremdung zu widersetzen“ und dem „jüdischen Volk“, das der „Feind“ der Deutschen sei. Auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“ müssten sich die „Deutschen“, zu welchem Mahler und seine Zuhörer auch die ÖsterreicherInnen zählen, von den „negativen jüdischen Prinzipien“ wie dem „Mammonismus“ befreien. Aber noch würden „unsere Feinde“ (die Juden und Jüdinnen, Anm. d. Verf.) „über unsere Gedanken (herrschen)“. Ebenfalls nicht fehlen durfte die Legitimation der antisemitischen Verfolgung: „Den Juden wurde der Hass auf andere Völker auferlegt. Die anderen Völker haben diesen Hass nur erwidert.“

Bis dato liegt seitens des FAV keine Distanzierung von den antisemitischen und rassistischen Ausfällen Mahlers vor. Ganz im Gegenteil: Der FAV-Obmann stellte bereits im Vorfeld „Gemeinsamkeiten“ mit Mahler „in der Sorge vor einer Überfremdung“ heraus. Und im Anschluss an Mahlers Ausfälle, die mit tosendem Applaus quittiert worden waren, betonte er, „dass wir uns mit wesentlichen Punkten des Vortrages identifizieren.“

In der „Aula“ selbst wurden in jüngster Zeit wiederholt Nazi-Töne angeschlagen. So wurde dort das „auf uns lastende althebräische Zinseszinssystem“ für die Staatsverschuldung mitverantwortlich gemacht. Demgegenüber hätte „ein deutscher Reichskanzler“ bereits 1933 die „an sich selbstverständliche Sicht einer Volkswirtschaft“ verkündet, wonach diese dem Volk dienen müsse. Diese Sicht sei „gewissermaßen zum Todesurteil des Dritten Reiches“ geworden. Denn „der unerwünschte, weil erfolgreiche Sozialrevolutionär“ Hitler hätte mit seinem „Primat der Politik über die Wirtschaft (...) das Todesurteil der kapitalistisch geführten Welt“ herausgefordert. Ein paar Ausgaben später werden in der „Aula“ die „Juden“ für den Ausbruch gleich beider Weltkriege verantwortlich gemacht: „Es sind die gleichen Kreise, welche die beiden Weltkriege ausgelöst haben (...): Diejenigen, die am Krieg verdienen, die keine Macht neben sich dulden und die gnadenlos jeden überfallen, der sich ihrer 'Weltordnung' widersetzt.“ Auch für einen angeblich drohenden 3. Weltkrieg werden die „Globalstrategen der US-amerikanischen Ostküste“ verantwortlich gemacht. So heißt es weiter: „Wenn je die Drahtzieher der Ostküster die Weltherrschaft wirklich übernehmen wollten, dann müssen sie dies jetzt tun oder nie.“

Heribert Schiedel ist Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW).

Aus dem Schuldienst entfernt

Der 1994 vom Schuldienst suspendierte Nürnberger Deutsch- und Geschichtslehrer Hans-Jürgen Witzsch wurde vom Ansbacher Verwaltungsgericht endgültig aus dem Schuldienst entfernt. Der 60-jährige ehemalige Oberstudienrat war wiederholt wegen revisionistischer Äußerungen negativ aufgefallen. Im Februar 1996 hatte ihn das Amtsgericht Fürth wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer viermonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Die Berufung Witzschs war vom Landgericht Nürnberg im Juli des selben Jahres verworfen worden. Witzsch war bereits 1981 - er war zu der Zeit noch CSU-Stadtrat in Fürth - erstmalig vom Dienst suspendiert worden. Sieben Jahre später - in der Zwischenzeit hatte sich die CSU von ihm getrennt - kehrte er in den Schuldienst zurück.

„Politische Zeitenwende“ in Hanau

Als ganz normalen demokratischen Vorgang klassifizierte die Hanauer CDU die Zusammenarbeit mit der örtlichen REP-Fraktion. Nach dem Auseinanderbrechen der CDU-SPD-Koalition, setzte Ende Mai die CDU ihren Haushalt in sämtlichen Abstimmungen mit Hilfe der Republikaner durch. Während SPD und Grüne der CDU vorwarfen, sie habe die rechtsextremen „Republikaner“ salon-, hof- und koalitionsfähig gemacht, wies REP-Fraktionschef Bert-Rüdiger Förster wies darauf hin, dass die CDU auch künftig auf die Stimmen der REP angewiesen sei.

REP-Parteitag

Der Bundesparteitag der rechtsextremen „Republikaner“ wird am 18./19. November in der Stadthalle der baden-württembergischen Kleinstadt Winnenden statt finden. Die Halle im schwäbischen Remstal ist bereits im Januar gebucht worden. Nach Aussage des CDU-Bürgermeisters ist die Stadt Winnenden an die Buchung gebunden. „Wir haben keine Möglichkeit, diese Veranstaltung zu verhindern.“ Derzeit mobilisiert eine Bürgerinitiative gegen den Bundesparteitag der krisengeschüttelten und orientierungslosen Schlierer-Partei.

Adenauer-Preis für Nolte

Den diesjährigen „Konrad-Adenauer Preis“ der „Deutschland-Stiftung“ bekam der rechtsradikale Historiker Ernst Nolte verliehen. Die Laudatio hielt der Direktor des „Instituts für Zeitgeschichte“ in München, Horst Moeller.

Schon im Vorfeld hatte Ernst August Winkler, Historiker in Berlin und Beiratsmitglied des traditionsreichen Münchner Instituts, gewarnt, dass mit dieser Laudatio Noltes „skandalöse Aeusserungen zu lässlichen Sünden erklärt“ und in der Öffentlichkeit der Eindruck haften bleibe, „dass der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte zumindest für tolerabel“ halte, was Nolte zum Thema Nationalsozialismus seit Mitte der achtziger Jahre gesagt und geschrieben habe.

Winkler wies darauf hin, dass Noltes Name seit Mitte der achtziger Jahre „mit dem Versuch einer Revision des deutschen Geschichtsbilds in nationalapologetischer Absicht verknüpft“ sei. Immerhin hatte Nolte 1985 die Frage aufgeworfen, ob Hitler nicht berechtigt gewesen sein könnte, die deutschen Juden nach Kriegsausbruch als Kriegsgefangene zu internieren. In den neunziger Jahren gefiel er sich gar mit einer Sympathieerklärung für die italienischen Neo- oder Postfaschisten. „Viele seiner Positionen sind von denen der äussersten Rechten kaum noch zu unterscheiden“ resümierte Winkler und forderte Möller auf, die Laudatio für Nolte nicht zu halten.

Anders als die neu gekürte CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die sich nach öffentlichem Druck „aus persönlichen Schwierigkeiten mit dem Preisträger“ von der Preisverleihung distanzierte, nahm Möller die Einladung der Deutschland-Stiftung an.

Kein Wunder: Dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, dessen Habilitation von Nolte begutachtet wurde, attestierte der „Tagesspiegel“ ein streng konservatives, „ja reaktionäres Geschichtsbild“. So warf er beispielsweise den Machern der „Wehrmachtsausstellung“ einen „Einhämmerungseffekt“ vor und verglich das Vorgehen des Instituts mit Methoden totalitärer Systeme.

Mit derartigen Aussagen paßt Möller problemlos in das Umfeld der „Deutschland-Stiftung“, deren Politik sich insbesondere durch Antiliberalismus, Antipluralismus und Antikomunismus auszeichnet. Gerichtlich durchgesetzte Einstufungen der Stiftung reichen von „demokratiefeindliche Gruppierung“ bis „von Alt- und Neofaschisten durchsetzte Organisation“. Die Deutschland-Stiftung hat ihren Platz da, „wo das Seriös-Konservative aufhört und wo das Unseriös-Nationalistische, ins Rechtsradikale Hineinschillernde beginnt“, so der Leiter des mInstituts für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, in der Zeitschrift „Freitag“.

Ermittlung gegen Brandenburger DVU

Wieder einmal wird gegen eine Landtagsfraktion der DVU ermittelt. Die Staatsanwaltschaft in Potsdam wirft der brandenburger DVU-Fraktion vor, Gelder aus der Landeskasse rechtswidrig an die Bundespartei abgezweigt zu haben. Im Rahmen einer Durchsuchungsaktion bei DVU-Fraktionschefin Liane Hesselbarth und den Abgeordneten Michael Claus und Sigmar-Peter Schuldt wurden verschiedene Unterlagen und Datenträger beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass sich der Schaden auf 50.000 bis 100.000 Mark belaufe. Genauere Angaben zum Stand der Ermittlungen machte der Sprecher allerdings nicht. Die „Märkische Allgemeine“ berichtete, dass parallel zu der Aktion in Potsdam auch Räume der DVU in Magdeburg sowie der Münchner Parteizentrale durchsucht wurden.

Samuel Salzborn

Zweck, Nutzen und Interesse

Entwicklungen in der „Vertriebenen-“ und Volkstumsforschung

Seit der osteuropäischen Transformation 1989/90 erlebt die Auseinandersetzung mit der „Vertreibung“, den „Vertriebenen“ sowie verwandten Problemen in der wissenschaftlichen und politischen Publizistik eine neue Konjunktur. Die unterschiedlichen Tendenzen und politischen Ausrichtungen sollen in diesem Beitrag anhand einiger ausgewählter Neuerscheinungen dargestellt und beschrieben werden.



Die Gründe für die Renaissance der „Vertriebenenforschung“ sind vielfältig. Zunächst fällt als formaler Faktor ins Gewicht, dass die Erforschung bestimmter Themenkomplexe aufgrund der für westdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehrheitlich verschlossenen osteuropäischen Archive bis 1989/90 nicht möglich gewesen ist. Damit ist zugleich bereits auch ein politischer Faktor angesprochen, denn dieses Problem stellt sich zuförderst für eine eher konservative Geschichtsforschung, die sich weniger für den reaktionären Gehalt der Politik der „Vertriebenenverbände“ interessiert, als für Aspekte des Umgangs mit den „Vertriebenen“ bzw. den „deutschen Minderheiten“ in den osteuropäischen Staaten.

Als exemplarisch für diesen Bereich kann ein von Dierk Hoffmann und Michael Schwartz herausgegebener Sammelband zum Thema „Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR“ gelten. Hierin untersuchen verschiedene Autorinnen und Autoren vergleichend die Eingliederung der Flüchtlinge und Umsiedler in den westlichen Besatzungszonen, der Bundesrepublik und in der SBZ/DDR. Was das reine Datenmaterial anbelangt, so werden zwar durchaus neue Fakten (etwa über das Verhältnis der SED zu den Umsiedlern) präsentiert, jedoch scheint die politische Generalisierbarkeit dieser historisch angelegten Arbeit mehr als zweifelhaft. Und damit ist ein Problem angesprochen, das die Arbeiten aus diesem Spektrum verbindet. Der zumeist eher konservativ-liberale Hintergrund der Forschenden verstellt den Blick auf eine ideologiekritische Analyse der Politik gegenüber den Umsiedlern in der SBZ/DDR, die dieser nicht von vornherein negativ-distanziert gegenüber eingestellt ist. Damit soll keinesfalls einer Apologie das Wort geredet werden. Doch zeigt sich die Problematik, wenn der nach Kriegsende gängige Terminus des Umsiedlers in dem Band mit Anführungszeichen versehen wird, der höchst ideologische Begriff „Vertriebener“ jedoch nicht.

Ein anderes Moment, das durch die osteuropäische Transformation 1989/90 begünstigend für die „Vertriebenenforschung“ gewirkt hat, ist die seitdem erstmals bestehende außenpolitische Möglichkeit zur Einflussnahme von wissenschaftlicher und/oder politikberatender Seite auf die konkrete Entwicklung in den osteuropäischen Staaten. Hierbei sind insbesondere zwei Tendenzen zu nennen: einerseits die, die versucht, den historisch-moralischen Anspruch der „Vertriebenen“ auf „ihr“ Territorium durch die Konstruktion Jahrhunderte langer deutscher Traditionslinien in den jeweiligen Gebieten zu legitimieren und andererseits die, die in europäischer Dimension für die umfassende Realisierung von Minderheiten- und Volksgruppenrechten eintritt und versucht, diese wissenschaftlich abzusichern.

Zunächst zur Erarbeitung von Schrifttum zum Thema „Die Vertriebenen vor der Vertreibung“. Der gleichnamige, von Walter Ziegler herausgegebene Doppelband kann hier als wesentliche Schrift jüngeren Datums angesehen werden. Darin werden „die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert“ systematisch gegliedert nach „Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung“ untersucht. Mit sehr großem Aufwand wird in den Aufsätzen ein Bild entworfen, das einerseits die vermeintlich mehrere Jahrhunderte andauernde deutsche Tradition von den vormaligen Wohn- und Aufenthaltsorten der Umsiedler nachzeichnen und belegen, andererseits die politische, gesellschaftliche, konfessionelle, ökonomische, kulturelle usw. Situation der späteren Umsiedler nebst der gesellschaftlichen und politischen Konflikte beschreiben und schließlich auf diesen Argumentationsfiguren fußend einen historisch-moralischen Anspruch der Deutschen auf diese Gebiete fundieren soll. Besondere politische Brisanz kommt Arbeiten wie dieser deshalb zu, weil sie sich auf vermeintlich interessenlosem Terrain bewegen: es scheint vordergründig „nur“ um geschichtliche Entwicklungen zu gehen, deren politische Dimension nicht unbedingt auf den ersten Blick ersichtlich sein mag. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in der historischen Perspektive die Legitimität der Argumentation herzustellen versucht wird, auf der später dann die Legalität der Handlungen errichtet werden soll.

Als diese historischen Forschungsarbeiten im Bereich der Politik- und Rechtswissenschaft ergänzend und somit den konkreten Gegenwartsbezug herstellend kann die geradezu ausufernd zu nennende Publizistik im Bereich der Minderheiten- und Volksgruppenforschung gelten. Hier werden, wie es Titel und Untertitel eines von Dieter Blumenwitz, Gilbert H. Gornig und Dietrich Murswiek herausgegebenen Bandes zusammenfassen, die „Fortschritte im Beitrittsprozess der Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas zur Europäischen Union“ in konkret politisch-juristischen Bezug gesetzt zu den „Regelungen und Konsequenzen für die deutschen Volksgruppen und Minderheiten“. Damit werden die „Fortschritte“ – wie für diesen Zweig der „Vertriebenenforschung“ symptomatisch – an dem Umgang mit den „deutschen Volksgruppen und Minderheiten“ gemessen und nicht etwa an rational nachvollziehbaren Kriterien.

Erstrebtes Ziel der Forschung zum Thema Minderheiten/Volksgruppen ist ein völkischer Partikularismus. Die Theorie der Volkstumspolitik greift zunächst auf eine über Jahrhunderte hinweg konstruierte, partikularistisch orientierte Geschichte und Gesinnung als Grundlage zurück. Volk und Territorium gehören in diesem Sinne unmittelbar zusammen. Dieser Partikularismus geht – wie eben in der Minderheiten-/Volksgruppenforschung – davon aus, dass es Volksgruppen gibt, die erstens völkisch und damit rassisch oder kulturell bestimmt über eine gemeinsame Identität verfügen (in Wahrheit stellt er diese her, denn als ethnisch definierte Gruppen sind Zusammenschlüsse, die sich selbst diese kollektive Identität zusprechen); die zweitens in einer Jahrhunderte langen und damit als natürlich und unabänderbar betrachteten Tradition und Geschichte stehen; die drittens schützens- oder wiederbelebenswert sind und viertens in der Ausübung ihres so verstandenen

Nationalistisch, rassistisch – feministisch?

Am Rande einer von der PDS in Rostock ausgerichteten Fachtagung zum Thema „Rechtsextremismus – Reiner Männerwahn?", sprach DER RECHTE RAND mit Renate Bitzan, Autorin und Herausgeberin mehrerer Publikationen über rechte Frauen, über aktuelle Entwicklungen und "feministische" Positionen.

DRR.: Was sind die wichtigsten rechtsextremen Frauenorganisationen, und welche Bedeutung haben sie?

R.B.: Zu nennen wären da zunächst im Skinhead-Bereich die seit Anfang der 1990er Jahre aktiven Frauen der SFD, früher „Skingirlfront", jetzt „Skingirl-Freundeskreis Deutschland". Diese Organisation hat sich als relativ stabil erwiesen, im Gegensatz zu manchen anderen. Die Stabilität entsteht vor allem über die vielen persönlichen Kontakte mit häufigen Treffen und auch Briefkontakten der Frauen untereinander. Der SFD besteht seit 1990 und ist seither gewachsen, es gibt jetzt Neugründungen regionaler Gruppen, auch im Osten. Die Größe scheint sich so zwischen 50 und 70 Frauen zu bewegen, das ist zwar quantitativ nicht so eindrucksvoll, aber durch die Kontinuität des SFD und seine Funktion als Kaderschule für die aktiven Frauen und die persönliche Einbindung doch recht wichtig.

Neugründungen in letzter Zeit sind die „Mädelschar Deutschland", die im Internet auf den Seiten vom „Nationalen Widerstand" aufgetaucht ist, weiterhin die „Nationale Weiberaktionsfront", die sich anscheinend im Ruhrgebiet tummelt, und der „Freie Mädelbund" mit Kontaktadresse in Bad Gandersheim, der den „Freien Kameradschaften" nahe zu stehen scheint.

Ansonsten ist auch das „Braune Kreuz" ein beliebter Organisationsrahmen, in dem allerdings auch ein paar Männer aktiv sind. Dieser Sanitätsdienst spricht einerseits traditionell weibliche Tätigkeiten und Tugenden und damit Frauen an, die sich auch erstmal nur mit „Helfen und Heilen" beschäftigen wollen, bildet aber gleichzeitig ein Überschneidungsfeld mit Aktivistinnen, die auf Demos gehen etc.

DRR.: Bist du der Meinung, dass das Thema „Frauen und Rechtsextremismus" in der antifaschistischen Recherche zu wenig beachtet wird, oder entspricht das der Marginalität der Organisationen?

R.B.: Es gibt schon eine gewisse Schieflage. Bezüglich der Frauen, die aktiv sind – das sind immerhin ein Viertel bis Drittel der Neonazis, gar nicht so wenig also – ist die Recherche schon ziemlich unterbelichtet. Das macht es dann auch schwierig, Einschätzungen zu treffen, wenn der Blick der Leute, die Recherche machen, oftmals durch sie hindurch geht. Auch in der „Anti-Antifa"-Arbeit wurden immer wieder Frauen eingesetzt, wobei dieses Durch-sie-Hindurchsehen dann dazu geführt hat, dass sie lange unerkannt arbeiten konnten.

DRR: Innerhalb der momentanen Debatte um den so genannten Rechts-Links-Crossover irritieren auch rechte Theoretikerinnen mit antisexistischen und emanzipativen Äußerungen. Gibt es auch Frauen, die sozusagen das Lager wechseln?

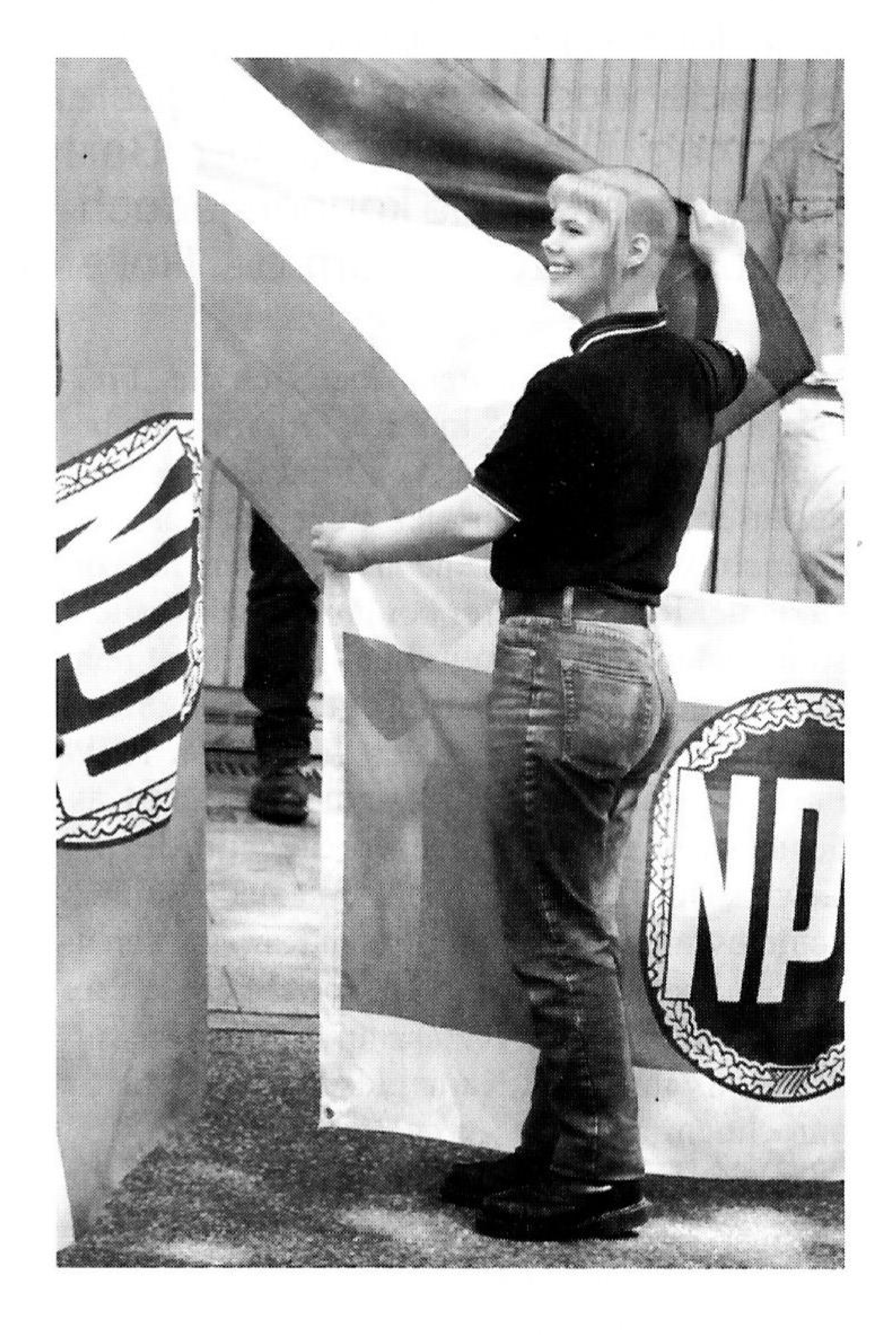
R.B.: Diesbezüglich kann im Moment nicht von einem Überwechseln von Personen gesprochen werden. Die Irritationen sind eher im theoretischen Bereich, bei den Forderungen zu finden, nämlich an den Stellen, wo rechte Frauen sich patriarchatskritisch äußern und Sexismus thematisieren, und das zum Teil in einer Sprache, die wir auch aus feministischen Debatten kennen, besonders, wenn ein egalitärer Ansatz vertreten wird. Einerseits wird Gleichheit und Ebenbürtigkeit von Männern und Frauen in allen Facetten des Lebens eingefordert, zum Teil unter Rückbezug auf ein „Germanentum", das sich angeblich durch eine solche Ebenbürtigkeit der Geschlechter ausgezeichnet habe. Dieser Anspruch wird aber mit Rassismus gekoppelt, indem gesagt wird, daß er dem „Wesen" der „nordischen" Menschen entspreche, bei den „südländischen" wäre aber eine Geschlechterhierarchie das „Wesensgemäße". Die gleichberechtigte Position wird also rassistisch bzw. kulturalistisch nur für „arische" Frauen eingefordert. Das ist gefährlich, weil sich diese Positionen teilweise decken mit solchen aus der Mitte der Gesellschaft, z.B. auf rechtlicher Ebene, wo Gleichstellung deutscher Frauen zumindest auf dem Papier erreicht, eine Diskriminierung nichtdeutscher Frauen (und Männer) aber Gang und Gebe ist.

DRR: Einige Wissenschaftlerinnen bezeichnen rechte Theoretikerinnen wie z.B. Sigrid Hunke, die auch einen egalitären Ansatz in der Geschlechterfrage vertritt, als faschistische Feministinnen, du lehnst den Begriff aber ab. Warum?

R.B..: Ich denke, dass es darum geht, bestimmte Begriffe nicht wegzugeben. Den Begriff „Feminismus" kann man zwar ganz unterschiedlich definieren, aber mir wäre daran gelegen, dass sich Feminismus als eindeutig antirassistisch begreift und dahingehend erweitert, anstatt den Begriff so zu benutzen, dass damit nicht mehr Politik gemacht werden kann. Ich begreife Feminismus als grundsätzlich herrschaftskritisch, nicht nur in Bezug auf die Geschlechterfrage, und benutze deshalb für rechte Frauen, die egalitäre Ansätze vertreten, Bezeichnungen wie „antisexistische Rassistinnen" oder „patriarchatskritische Nationalistinnen", so dass das Hauptwort auf den Rassismus/Nationalismus fokussiert. Das entspricht, glaube ich, auch eher ihrer eigenen politischen Verortung.

DRR: Siehst du in deiner Arbeit über rechte Frauen auch einen Ansatz, Rechtsextremismus allgemein nicht mehr geschlechtsunspezifisch zu betrachten?

R.B.: Ich glaube, der androzentrische Blick ist etwas geknackt worden durch die Arbeit, die einige Frauen gemacht haben, aber das ist natürlich noch nicht Mainstream. Es gibt immer noch Wissenschaftler, die Vorträge machen über „den Rechtsextremismus", ohne dabei mit einem Wort Männer und Frauen zu differenzieren, das ist durchaus noch hoffähig. Wir befinden uns gerade erst auf einem Durchgang, um etwas anderes zu etablieren.



DRR.: Hältst du die geschlechtsspezifische Betrachtungsweise von Rechtsextremismus für nützlich für die allgemeine Forschung darüber?

R.B: Was diese Forschung gezeigt hat, ist sicherlich, dass Rechtsextremismus kein homogenes Erscheinungsbild hat. Nicht alle Elemente dieser Ideologie, wie Autoritarismus, Nationalismus, Militarismus etc., müssen immer gleichzeitig vorhanden sein. Faschismus kann frauenfeindliche Züge tragen, gerade von Feministinnen ist immer wieder angemahnt worden, daß das ein wichtiger Bestandteil sein kann. Der Blick auf die Frauen hat aber gezeigt, daß genauso das Gegenteil integriert werden kann, nämlich emanzipative und egalitäre Positionen, und das ist nochmal eine Unterfütterung des Ansatzes, Rechtsextremismus als Zusammensetzung verschiedener Elemente zu sehen und sich nicht irritieren zu lassen, wenn ein Element fehlt. Auch Kapitalismuskritik, Ökologie und ähnliche Punkte, die ich als originär linke Positionen ansehen würde, können ja in ein rechtsextremes Weltbild integriert werden und sich als wesentliche ideologische Stützen mit anderen – originär rechten – Elementen verbinden.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch.

Für die Zeitung Der Rechte Rand sprach Cordelia Heß mit Renate Bitzan.

B. Kant

Widersprüchliches Verhältnis

„Freie Kameradschaften“ und Rechtsparteien

In den vergangenen Monaten konnte man den Eindruck gewinnen, dass ein aktiver Annäherungsprozess zwischen parteimäßig organisierten Neofaschisten und „freien Kameradschaften“ stattfindet. Dieser Beitrag möchte jedoch darauf aufmerksam machen, dass sich das Verhältnis untereinander doch komplizierter gestaltet, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die hier genannten Beispiele sind sicherlich nur begrenzt verallgemeinerbar, sie können jedoch Anregungen für den antifaschistischen Diskussionsprozess um die Rolle der „Kameradschaften“ geben.

In den letzten Monaten haben sich die „Freien Kameradschaften“ in ihren Organen als besonders scharfe Kritiker von Funktionären der neofaschistischen Parteien gezeigt. Dass die „Republikaner“ (REP) und insbesondere ihr Vorsitzender Rolf Schlierer bei ihnen nicht beliebt sind, ist keine Neuigkeit. In allen Stellungnahmen wird Schlierer scharf wegen seiner „Staatstreue“ kritisiert. Unter den führenden REP-Funktionären selber gibt es nur Christian Käs, der stellvertretende Bundesvorsitzende, der positiv gewürdigt wird. Nicht erst nach seinem gemeinsamen Auftritt mit „freien Kameradschaften“ in Kassel im Juni 1998, spricht er sich für praktische Formen der Zusammenarbeit aus, etwas, was ihm die „Kameradschaften“ positiv anrechnen.

Ein offen negatives Verhältnis haben die „Freien“ gegenüber der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und Gerhard Frey. Man kritisiert ihn als „wohl bekanntesten Geld- und machtgierigen Funktionär des rechten Parteienspektrums“. „Die von Frey aus nationalen Kreisen abgeschöpften Gelder gehen dem Nationalen Widerstand für wirklich sinnvolle politische Arbeit verloren“, beklagt das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“. Eine DVU-Veranstaltung am 1. April 2000 in Hamburg nutzte das Aktionsbündnis, um mit Flugblättern und Tumulten um das Mikrophon ihren Widerspruch öffentlich zu machen. Vollmundig hieß es hinterher in einer Pressemitteilung: „Uns sind noch viele weitere solcher und ähnlicher Funktionäre bekannt, die im Namen der nationalen Sache Schindluder treiben.“

Auch NPD-Funktionäre sind vor Angriffen und Kritik der „Freien“ keinesfalls geschützt. Wurden schon bei früheren Gelegenheiten Voigt und andere Repräsentanten kritisiert, weil sie zu wenig kämpferisch seien, so haben die „Kameradschaften“ nun auch einzelne Funktionäre direkt unter Beschuss: So beispielsweise Ingo Stawitz. In der Berichterstattung über die NPD-Demonstration vom 6. Mai 2000 in Essen wird er als „reaktionär“ geoutet, da er sich selbst als „Demokrat“ bezeichnet habe. Stawitz, seit acht Jahren führend in neofaschistischen Strukturen in Schleswig-Holstein (DVU, DLVH, „Bündnis Rechts“, nun NPD), ist besonders dem “Aktionsbündnis Norddeutschland” ein Dorn im Auge. Anders als der ehemalige NPD-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Steffen Hupka, orientierte Stawitz nicht auf die Integration militanter Neonazis, sondern auf die Eigenprofilierung der NPD als Wahlpartei, womit auch eine vorgebliche Abgrenzung gegenüber militanten Neonazis verbunden ist, was ihn in den Augen der „Kameradschaften“ bereits kritikwürdig erscheinen lässt.

Ein anderes Beispiel ist Matthias Meier. Dem Kreisvorsitzenden der NPD Stralsund und stellvertretenden Landesvorsitzenden wird vorgeworfen, dass er seit Anfang 1999 informeller Mitarbeiter für das Landesamt für Verfassungsschutz sei. Während innerhalb der Partei versucht wurde, das Thema möglichst herunterzukochen, griffen die „Kameradschaften“, diesmal in Form des „Nationalen Infotelefons Mecklenburg Vorpommern“ Meier und den NPD-Landeschef Eisenecker frontal an. Besonders verübelte man Eisenecker, dass er die Aufmärsche der „Kameradschaften“ als - so wörtlich - „eine Mischung zwischen Schwulenparade und Karnevalsumzug mit Anleihen bei den linken 68igern“ tituliert habe. Eine solche Negativkritik der „nationalen Demonstrationen“ war nicht hinzunehmen. Zum Schluss heißt es in dem Bericht: „Wir weisen aber darauf hin das wir in keinster Weise etwas gegen die NPD als Partei haben. Es gibt in dieser Partei zu viele gute Kräfte die sich um ein Miteinander innerhalb der Nationalen Opposition bemühen.“ (Fehler i. Org.; Anm. d. Verf.)

Gerade im Zusammenhang mit den Aufmärschen, einem Herzstück des „kameradschaftlichen“ Aktionismus, ist man nicht gewillt, sich Anderen unterzuordnen. Schon mehrfach gab es ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen den Neonazis um Demonstrationskonzepte, so am 1. Mai 1998 in Leipzig. Zwar orientierten die norddeutschen Kameradschaften in diesem Jahr erneut auf die genehmigte NPD-Aktion in Berlin, doch wollten sie „lieber ohne Bullenketten und staatliche Auflagen marschieren“. Die Teilnehmer unterbrachen daher die Anreise nach Berlin in Neuruppin und marschierten - offensichtlich unbehelligt von der Polizei - durch eine Plattenbausiedlung. Vollmundig wurde von 400 Teilnehmern berichtet, 250 wäre eine richtigere Zahl gewesen. Erst danach fuhren sie weiter nach Berlin, so dass sie erst zum Ende der NPD-Kundgebung Hellersdorf erreichten. Offensichtlich war es ihnen auch nicht wichtig, die Teilnehmerzahl der NPD-Veranstaltung zu erhöhen. Wichtiger war ihnen ihr eigener Auftritt.

Überhaupt machen die „Freien“ von den durch die NPD organisierten Möglichkeiten des Auftretens einen eher utilitaristischen Gebrauch. Wenn ihnen der Anlass und der Ort geeignet erscheint, sich selbst in Szene zu setzen, dann mobilisieren sie. Im anderen Fall ignorieren sie die Veranstaltung, so beim „Tag des Nationalen Widerstandes“ am 27. Mai 2000 in Passau. „Präsentiert Euch und Eure Kameradschaft im Rahmen dieses Widerstandstreffens“, hieß die Parole. Das heisst, man will im Potential der NPD-Anhänger politisch „wildern“. So wird es auch in der Selbstdarstellung eines „Freien“ über ihren Auftritt in Passau deutlich. Man habe die Anordnungen der NPD hinsichtlich der Infostände ignoriert, deren Transparente mit eigenen Plakaten überklebt und den Hass-Gegner Ingo Stawitz „entlarvt“.

Die „Freien Kameradschaften“ buhlen innerhalb der neofaschistischen Szene um Anerkennung als die Aktivisten. Sie seien die eigentlichen Gegner des Systems, alle anderen - insbesondere die neofaschistischen Wahlparteien - würden Kompromisse mit diesem Staat schließen und könnten daher als gleichberechtigte Bündnispartner nicht in Frage kommen. Ein solcher Anspruch tendiert in Richtung Größenwahn, ist nur dann möglich, wenn er durch eine tatsächliche organisatorische und personelle Stär-

„Zentralorgan“ interviewt CSU-Generalsekretär



Thomas Goppel

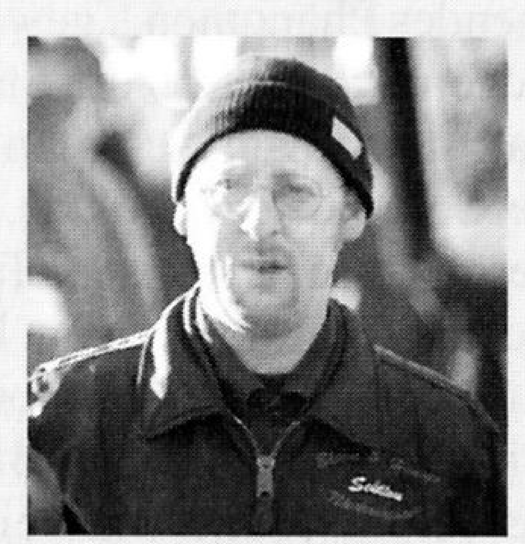
Die aktuelle Ausgabe (Nr. 9) des neonazistischen Periodikums „Zentralorgan“ enthält ein mehrseitiges Interview mit dem CSU-Generalsekretär Thomas Goppel über das Thema „Spendengeld-Affäre“. Geführt wurde dieses Interview bei einem Treffen der „Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg“ im Februar diesen Jahres. Diese Vereinigung hat sich nach Eigenangaben die „Wahrung und Pflege preußisch-frederizianischen Gedankengutes und preußischer Tugenden“ zur Aufgabe gemacht. In Deutschland gebe es einen „allgemeinen Werte- und Sittenverfall“. Die Zeitschrift „Zentralorgan“ gilt als Sprachrohr der „Freien Nationalisten“. Die vorletzte Ausgabe war im Januar diesen Jahres von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden (vgl. Der Rechte Rand Nr. 63). Gegen die Herausgeber wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Sie hatten die Stimmzugewinne der FPÖ bei den Wahlen in Österreich mit der Formulierung „Juden raus (aus Österreich)“ in Frakturschrift auf dem Titelblatt der Zeitschrift kommentiert. Ein Sprecher Goppels erklärte, dieser habe angeblich nicht gewusst, um was für ein Blatt es sich beim „Zentralorgan“ handele. Goppel fühle sich getäuscht, wolle aber keine rechtlichen Schritte einleiten.

ke gestützt wird. Regional verfügen die „Kameradschaften" tatsächlich über die höchste Mobilisierungsfähigkeit und die effektivste Infrastruktur.

Im „Kampf um die Straße" (Udo Voigt) versuchen sie einerseits eigene Stärke zu demonstrieren, zum anderen für potentielle Aktivisten attraktiv zu werden. Und so setzten sie in den Regionen, in denen sie glauben im neofaschistischen Milieu hegemonial zu sein, eigene Schwerpunkte. Unter welchen „populistischen" Überschriften auch immer organisieren sie Aufmärsche. Ihre Parole: „Hier marschiert der nationale Widerstand", auch wenn Anmeldungen unter falscher Flagge erfolgen, wie in Lüneburg und anderen Städten.

Szene-Streit

Am eigenen Leibe musste der aus Hildesheim stammende Neonazi Dieter Riefling erfahren, was neofaschistische Gewalt bedeutet. Am Himmelfahrtstag wurde er nach einem Saufgelage, das auf dem Grundstück des zur Zeit inhaftierten Thorsten Heise in Northeim stattfand, von seinen Kumpanen zusammengeschlagen. Noch vom Krankenhausbett hatte Riefling Gesinnungsgenossen aus Hannover und Hildesheim mobilisiert, um sich für die erlittene Schmach zu revanchieren. Die Polizei nahm allerdings die 23 mit Eisenstangen und Baseballschlägern ausgerüsteten Skinheads fest. Im Nachgang wird nun auf den Internet-Gästeseiten von „Blood & Honour" weiter gestritten und kolportiert, dass der Überfall auf „Miesling" (so Rieflings Spitzname) von Dirk Niebuhr aus Northeim im Auftrag von Heise und der „Arischen Bruderschaft" erfolgt sei. Die jeweiligen Kontrahenten werfen sich vor „Spalter" und „vom Staat bezahlte Spitzel" zu sein.



Dieter Riefling

Richtigstellung

In der DRR-Ausgabe Nr. 63 ist uns auf der Seite 10 ein Fehler unterlaufen. In der Bildunterschrift heißt es: „Der Wittener Dieter Schulz von der sogenannten Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten". Das ist nicht richtig. Auf dem Bild handelt es sich nicht um das Kameradschaftsmitglied und den NPD-Kandidaten Dieter Schulz. Zwar ist die auf dem Bild abgebildete Person auch der so genannten „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten" zuzurechnen, aber der „wahre" Schulz ist der hier abgebildete. Wir bitten um Entschuldigung.



Dieter Schulz

Naziangriff auf Straßentheatervorstellung

Für den 6. Mai hatte die Jugendgruppe der „Roten Antifa" in Karlsruhe eine Straßentheatervorführung gegen rechte Gewalt geplant. Kurz vor Beginn der Vorstellung mischte sich der Neonazi Manfred Huck in Skinhead-Outfit unter die Zuschauer. Als er von einem Zuschauer zum Verlassen des Platzes aufgefordert wurde, zückte der einschlägig bekannte Huck zwei dolchartige Messer und verletzte sein Gegenüber mit einem Stich in die Brust sowie einen anderen Zuschauer an der Hand. Anschließend zerstörte Huck, der in der Vergangenheit auch als Chef der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK) und zuletzt als Mitglied der „Karlsruher Kameradschaft" in Erscheinung getreten war, die Aufbauten der Theatergruppe und drohte, Umstehende umzubringen. Im Laufe der Auseinandersetzung erhielt der Neonazi einen Schlag mit einer Sprudelflasche auf den Kopf, konnte aber erst von einem Polizisten mit gezückter Waffe überwältigt werden.



Manfred Huck in Aktion

Fragwürdig war allerdings das Verhalten der Polizei im Nachhinein. Der Neonazi wurde kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt, das Opfer des Messerangriffes erst fünf Tage später vernommen. Der Presse gegenüber wurde der Krankenhausaufenthalt des Opfers verschwiegen und die Verletzung später als „leichte Schnittwunde" heruntergespielt - eine „Informationspanne", wie die Polizei einräumte. Als regelrecht „skandalös" bezeichnete eine DGB-Sprecherin, dass die Polizei von einer möglichen Notwehrsituation des Skinheads gesprochen hatte. Die Polizei verbreitete damit eine Version des Neonazis Huck, der angegeben hatte, vor seiner Attacke mit einer Flasche geschlagen worden zu sein. Die Staatsanwaltschaft räumte gegenüber dem „Neuen Deutschland" ein, „dass es bis dato keinerlei Zeugenaussagen gebe, welche diese Notwehrthese stützen - außer vom Messerstecher selbst."

The very last shit – Umdenken in Neumünster?

Lang hat es in Neumünster gedauert. Über drei Jahre sahen weder Stadtrat, noch Polizei Handlungsbedarf wegen des „Club 88" in dem Stadtteil Gadeland. Nur die Schulleitung der Grund- und Hauptschule Gadeland und die grüne Ratsfrau Andrea Storke warnten, unterstütz von Antifa-Gruppen, vor dem Neonazizentrum. Am 24. Juni riefen nun über 25 Vereine und Verbände unter dem Motto „Weg mit dem Club 88" zur Demonstration auf.

Über 800 Menschen folgten dem Aufruf des „Bündnis gegen Rechts". Angeführt wurde die Demo von Mitgliedern des Bündnis aus Elmshorn und der örtlichen IG Metall, die im Norden die Kampagne „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" durchführt. Anwesend waren auch zahlreiche SPD-Kommunalpolitiker. Nur die ortsansässige grüne Bundestagsabgeordnete Angelika Beer erklärte eine Sprecherin des Bündnis zur ungebetenen Teilnehmerin, da sie den Nato-Angriff auf Jugoslawien mit zu verantworten habe: Die Losung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg" sei unzertrennlich.

Mittels eine Flugblattaktion in Gadeland hatte bereits am 15. April das Bündnis auf die Aktivitäten des Clubs und auf dessen Relevanz für die norddeutsche Neonaziszene hingewiesen. Als die ortsansässigen Neonazis die Aktion mitbekamen, wollten ca. 15 Club-Kameraden, bewaffnet mit Schlagstökken und Baseballschlägern, eingreifen. „Aber die Polizei verhinderte eine Auseinandersetzung", erklärt Storke.

Seitdem kam es in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt immer wieder zu Einschüchterungsversuchen. Auf die Wohnung von Storke wurden zwei Anschläge verübt und ein Bündnis-Mitglied wurde zusammengeschlagen.

Im Vorfeld der Demonstration versuchten die Betreiber des Clubs Christiane Dolscheid, Tim Bartling und Jan-Steffen Holthusen (vgl. DRR, Nr 63) die Aktionen als „bolschewistische Hetzkampagne" zu diffamieren. Als Tage vor der Demo ein Bauwagen der Abrissfirma „Tobau", wo Kameraden des Clubs beschäftigt sind, brannte, hatten sie per Internet die Antifas dafür verantwortlich gemacht.

„Jetzt muss die Stadt handeln" meinte ein Sprecher des Bündnis auf der abschließenden Pressekonferenz. „Wir werden nicht tatenlos warten".

Andreas Speit

Andreas Speit & Cordelia Heß

Im Visier der Rechten

Gewerkschafter geraten immer mehr ins Visier des militanten Neonazi-Netzwerkes der „Freien Kameradschaften“ und „Freien Nationalisten“. Wurden DGB und IG Metall früher als „Arbeiterverräter“ bezeichnet, so werden heute einzelne Mitglieder bedroht.

Nach Hausdurchsuchungen in Göttingen und Northeim zum Jahresende, bei denen Bauanleitungen für Briefbomben gefunden worden waren, warnte der Staatsschutz den Göttinger DGB-Vorsitzenden Sebastian Wertmüller „vorsorglich“ vor Briefbombenanschlägen. Unverhohlen schrieben Neonazis Mitte April über ein Transparent über der Autobahn 23 zwischen Hamburg und Heide ein Kopfgeld von „10000 Mark – tot oder lebendig“ – für den Elmshorner IG-Metall-Chef Uwe Zabel aus. Seit kurzem stehen auch DGB-Kartellvorsitzender Dieter Born und der DGB-Bildungsjugendsekretär Sirko Matz aus Gera (Thüringen) mit vier Fotos auf Anti-Antifa-Seiten im Internet zur Fahndung aus. Alle haben eines gemeinsam: sie haben sich im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit an der Organisation konkreter Aktionen gegen Neonazis beteiligt: Wertmüller als Veranstalter von Gegendemos, Zabel als Mitorganisator des „Bündnis gegen Neonazis“, Born war Verantwortlicher einer Protestveranstaltung, und Matz bereitete eine Antifa-Demo in Saalfeld mit vor. Bislang wurden Anti-Antifa-Listen mit Namen, Adressen und Bildern in Magazinen veröffentlicht – inzwischen nutzen Neonazis vor allem das Internet. Über Anti-Antifa-Pages verschikken sie Adressen aus dem gesamten Bundesgebiet und rufen die Kameraden vor Ort dazu auf, die „Linken“ zu „besuchen“. Auf ihre „Heimatseiten“ stellen die Betreiber auch eigene Anti-Antifa-Seiten. Auf der Homepage der „Freien Nationalisten“ stellt aktuell die „Kameradschaft Gera“ einige „Feinde des nationalen Widerstands“ vor.



Bei Polizei, Staatsschutz und Gewerkschaften werden die Drohungen sehr ernst genommen. Für Zabel ist durch das Kieler Landeskriminalamt Personenschutz angeordnet worden, und bei öffentlichen Auftritten stellt die IG-Metall ihm zudem Bodyguards zur Seite. Dabei haben die Gewerkschafter weniger davor Angst, daß organisierte militante Neonazis Gewaltakte ausüben könnten. Sie befürchten eher, daß selbst ernannte Rächer zuschlagen könnten – wie der Neonazi Diesner, der in Berlin einen PDS-Buchhändler anschoß und in Brandenburg einen Polizisten tötete. Die militanten Rechten um das „Aktionsbüro Norddeutschland“ – es wird von Christian Worch und Thomas Wulff – versuchen sich zwar offiziell von dem Kopfgeld gegen Zabel zu distanzieren. Aber selbst sie räumen ein, daß die Morddrohungen aus ihrer „Szene stammen könnten“.

Der Hamburger Verfassungsschutzchef Reinhard Wagner geht ebenso davon aus, daß Worch und Wulff zwar immer noch „Kristallisationsfiguren“ seien, es aber mittlerweile „anpolitisierte Skin-Gruppen“ gebe, die „unkontrolliert, aber koordiniert mit dem Aktionsbüro agieren“. Verkünden Worch und Wulff sonst immer gerne Gewalt als Mittel der Politik, möchten sie nun aus Angst vor Repression nichts davon wissen, was Wagner nicht erwähnt.

Mit einem Aufruf „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - Wehrt Euch jetzt“, der von allen leitenden FunktionärInnen unterschrieben wurde, will der DGB-Landesbezirk Nord auf die Gefahren der organisierten Strukturen aufmerksam machen, um dem auf rechtlicher Ebene zu begegnen. Vergleichbar mit der „Demokratie-Tour“ in Mecklenburg-Vorpommern sollen Unterstützungsunterschriften für ein breites gesellschaftliches Bündnis gesammelt werden.

Allerdings besteht auch Handlungsbedarf nach innen. 1998 belegte eine vom WDR in Auftrag gegebene Studie des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap, daß besonders gewerkschaftlich organisierte Jugendliche deutlich stärker zu nationalistischen und rassistischen Positionen tendieren als nicht organisierte. Das Wählerpotential für rechtsextreme Parteien liege innerhalb der Gewerkschaften bei 11%, allgemein bei nur 7%. In der Altersgruppe von 18-24 Jahren ist der Unterschied zwischen organisierten und nicht organisierten RechtswählerInnen besonders eklatant: 32% innerhalb der Gewerkschaften gegenüber 17% allgemein. Daß die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht nur keine Barriere gegen Rechtsextremismus bildet, sondern dem vielleicht sogar entgegenkommt, bewirkte einen Schock bei den Gewerkschaften. Als Reaktion darauf wurde unter anderem die „Kommission Rechtsextremismus“ des DGB- Bundesvorstands eingerichtet, die jetzt ihren Abschlußbericht vorlegte. Darin wird die WDR-Studie noch ergänzt durch eine bereits 1994 erschienene Veröffentlichung des Autorenkollektivs Josef Held, Hans-Werner Horn und Athanasios Marvakis. Schon damals kamen die Autoren im Wesentlichen zu den gleichen Ergebnissen bezüglich der politischen Orientierungen von jungen GewerkschafterInnen. Eine politische Reaktion bleib aber aus. Als Ursache für den großen Zulauf, den Rechtsradikale bei den Gewerkschaften haben, formuliert der Abschlußbericht, daß „dieselben Nutzenkalküle, die zum Eintritt in die Gewerkschaft bewegen [...], in Krisenzeiten zur Diskriminierung und Ausgrenzung ausländischer Arbeitnehmer führen.“ Selbstkritisch wird hier bemerkt, daß bisher eine systematische Bestandsaufnahme sowie ein organisierter Erfahrungsaustausch über die Maßnahmen gegen den innergewerkschaftlichen sowie gesamtgesellschaftlichen Rechtsradikalismus fehlen. Empfohlen wird neben der verstärkten Nutzung bestehender Strukturen die Einrichtung einer Projektgruppe, die bundesweit rechtsextreme Entwicklungen beobachtet und dokumentiert. Außerdem benennt der Bericht den Rechtsextremismus als aus der Mitte der Gesellschaft kommendes Phänomen, „gewissermaßen im Trend“ liegend, das durch die Standortdebatten innerhalb der Gewerkschaften weiter gefördert wurde. Selbstkritische Worte, auf die vielleicht auch vermehrt selbstkritische Taten der gewerkschaftlichen Zentralen folgen. Die finanzielle Unterstützung von bereits vorhandener antifaschistisch-antirassistischer Bildungsarbeit auf Landesbezirksebene wäre eine – eine andere das Anstreben breiter antifaschistischer Bündnisse – ohne die Ausgrenzung vermeintlicher „Extremisten von Links“.

VS-Chef stolpert über Neonazi

Thomas Dienel früher unter anderem Landeschef der NPD, Vorsitzender der neonazistischen „Deutsch-Nationalen Partei“ und wegen Volksverhetzung verurteilt, war - so enthüllte das Fernsehmagazin „Kennzeichen D“ Mitarbeiter des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Nach eigenen Angaben wurde Dienel im Laufe eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht angeworben. 1992 sollten ihm auf Antrag der Bundesregierung die Grundrechte auf Presse- und Versammlungsfreiheit aberkannt werden - Karlsruhe lehnte dies 1996 aber ab. Als Begründung wurde dafür eine günstige Sozialprognose angeführt. Dienel erklärt nun, dass man ihm bei einer Zusammenarbeit Straffreiheit versprochen habe. Er selbst habe seine Spitzeltätigkeit als nützlich für die neofaschistische Szene angesehen. Mit dem ausgezahlten Informantenhonorar habe das Landesamt für Verfassungsschutz „massenweise“ Werbematerial finanziert; für ihn seien das „Spendengelder“ für die rechte Szene gewesen.

Wegen dieser Affäre mußte Verfassungsschutzpräsident Roewer, der im vergangenen Jahr öffentlich über die guten und die schlechten Seiten des Nationalsozialismus schwadronierte und Gewerkschafter bespitzeln ließ, seinen Sessel räumen.

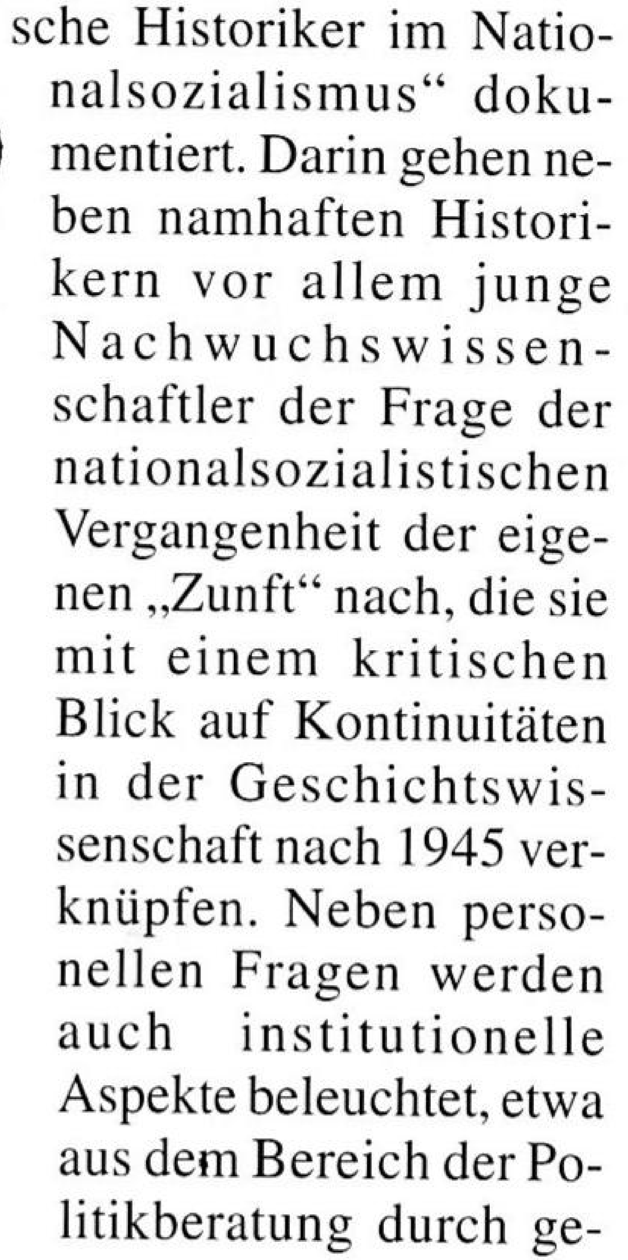
Rechtes auf Selbstbestimmung behindert werden. Folgerichtig werden Staatsgrenzen auch, wie in der Schrift Ekkehard W. Bornträgers „Borders, Ethnicity and National Self-determination", als nicht in Einklang stehend mit Kriterien wie der „Ethnizität" oder dem „Selbstbestimmungsrecht" verstanden.

Elementar an dieser Ausrichtung der „Vertriebenenforschung" ist ihre Einordnung in einen gesamteuropäischen Prozess. Nicht nur den Deutschen soll, so die Diktion, die Möglichkeit zur völkischen Entfaltung gegeben werden, sondern auch anderen „Volksgruppen". Seit Jahren wird so – mit nicht geringem Erfolg – auch auf internationaler Ebene eine Modifikation des Völkerrechts voran getrieben, bei der nicht mehr primär Staaten Rechtssubjekte sein sollen, sondern völkisch klassifizierte „Volksgruppen" und „Minderheiten". Ziel ist der „Minderheitenschutz im Neuen Europa", wie ihn Franz Pan verheißt.

Neben diesen umfänglichen Arbeiten im Bereich der apologetischen Forschung sind allerdings auch einige wissenschaftliche Ansätze zu verzeichnen, die sich kritisch mit Aspekten der „Vertriebenen", ihrer Vorgeschichte oder verwandten Themen beschäftigen. Ausgeklammert werden muss an dieser Stelle die Forschungsarbeit der „Gemeinsamen Deutsch-Tschechischen und -Slowakischen Historikerkommission", da deren Arbeit von zahlreichen Widersprüchen und differenter Qualität gekennzeichnet ist, so dass eine angemessene Darstellung nur in einem eigenständigen Aufsatz möglich wäre. Hingewiesen sei hier jedoch zumindest auf einige überaus wichtige Ansätze dieser Kommission. Von dieser Seite wird etwa die nationalsozialistische Vergangenheit der „Sudetendeutschen" beleuchtet (vgl. *Der Rechte Rand Nr. 60)* oder es werden ungenaue bzw. grob vereinfachende Arbeiten zum Themenkomplex der Umsiedlung und der deutschen Minderheitenpolitik in der Tschechoslowakei widerlegt. Als lesenswerter Gesamtüberblick zur Problematik ist die bereits 1996 erschienene Darstellung „Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert" zu nennen.

Ein anderer kritischer Impuls geht auch von der Geschichtsforschung aus und wurde 1998 im Rahmen des 42. Deutschen Historikertags einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt. Hier wurde erstmals in größerem Kontext die politische und wissenschaftliche Vergangenheit zentraler bundesdeutscher Historikergrößen – Götz Aly spricht von den „Säulenheiligen der modernen Zeit- und Sozialgeschichtsforschung" (Theodor Schieder, Werner Conze u.a.) – im Nationalsozialismus untersucht. Diese Forschung tangiert die Analyse der Geschichte der „Vertriebenenverbände" insofern, als eben diese Historiker nach Ende des Zweiten Weltkrieges federführend an der Vorbereitung und Ausarbeitung des mehrbändigen Großforschungsprojektes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" beteiligt waren. Dieses mehrere tausend Seiten umfassende Druckwerk, in dem neben Dokumenten auch zahlreiche „Erlebnisberichte" dokumentiert sind, war als außenpolitisches Machtmittel angelegt worden, vermittels dessen das so verstandene „Unrecht von Potsdam" politisch und moralisch angeprangert und aktiv für die ehemaligen deutschen Ostgebiete gekämpft werden sollte.

Die Ergebnisse des Historikertages sind in dem von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle herausgegebenen Band „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus" dokumentiert. Darin gehen neben namhaften Historikern vor allem junge Nachwuchswissenschaftler der Frage der nationalsozialistischen Vergangenheit der eigenen „Zunft" nach, die sie mit einem kritischen Blick auf Kontinuitäten in der Geschichtswissenschaft nach 1945 verknüpfen. Neben personellen Fragen werden auch institutionelle Aspekte beleuchtet, etwa aus dem Bereich der Politikberatung durch geschichtswissenschaftlich ausgerichtete Einrichtungen während des Nationalsozialismus.



Eben diesem Komplex wendet sich Michael Fahlbusch auch in einer eigenständigen Untersuchung zum Thema „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?" zu, in der er die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" von 1931-1945 untersucht. Diese nationalsozialistischen Wissenschaftsgroßinstitutionen waren für die wissenschaftliche Vorbereitung der nationalsozialistischen Expansionspolitik mitverantwortlich, indem sie – wie Fahlbusch beschreibt – die „angrenzenden Nachbarstaaten als irgendwie deutsch beeinflusst deklarierten, ihre Bevölkerung deutscher Herkunft bestimmten und in ausländischen Persönlichkeiten separatistischer Bewegungen, sogenannten Germanophilen, Sympathisanten des Nationalsozialismus und Kollaborateure" suchten. Damit diente die Volkstumsforschung nicht nur der „ethnopolitischen Parzellierung Europas unter Vorherrschaft Deutschlands", sondern auch der Vorbereitung des Holocaust. Fahlbuschs explizite Frage nach politischem Zweck und Interesse an der Volkstumsforschung und auch die nach personellen, institutionellen und ideologischen Kontinuitäten nach 1945 weisen bereits auf die Notwendigkeit kritischer Analyse gegenwärtiger Volkstumspolitik hin.

Trotz der positiv hervorzuhebenden Entwicklungen im Bereich der Geschichtswissenschaft muss betont werden, dass die kritische Sozialgeschichtsforschung nur eine kleine Strömung innerhalb der historischen Forschung ausmacht. Ob dieser kritische Impuls freilich verebben, sich ausweiten oder gar die Sozialwissenschaften inspirieren wird, ist noch nicht auszumachen. Der derzeitige Mainstream gibt jedoch Anlass für die Befürchtung, dass eine Inspiration für kritische Ansätze in den Sozialwissenschaften zumindest nicht in allzu naher Zukunft zu erwarten sein wird.

Blumenwitz, Dieter / Gornig, Gilbert H. / Murswiek, Dietrich (Hg.): Fortschritte im Beitrittsprozess der Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas zur Europäischen Union. Regelungen und Konsequenzen für die deutschen Volksgruppen und Minderheiten, Köln 1999;

Bornträger, Ekkehard W.: Borders, Ethnicity and National Self-determination, Wien 1999;

Fahlbusch, Michael: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" von 1931-1945, Baden-Baden 1999;

Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission (Hg.): Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert, München 1996;

Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999;

Pan, Franz: Der Minderheitenschutz im Neuen Europa und seine historische Entwicklung, Wien 1999;

Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999;

Ziegler, Walter (Hg.): Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung, 2 Bände, München 1999.

Pfeifenberger gestorben

Kurz vor Auftakt des Gerichtsprozesses gegen den Politologen Werner Pfeifenberger ist dieser gestorben. Am 26. Juni diesen Jahres hätte in Wien die Verhandlung wegen Revisionismus eröffnet werden sollen. Der ehemaliger Professor der FH Münster hatte in einem Artikel für das „Jahrbuch für politische Erneuerung" 1995 des Bildungswerks der rechtsradikalen FPÖ den Nationalsozialismus verharmlost. Die Staatsanwaltschaft Wien hatte das Verfahren aber zunächst eingestellt. Nachdem Pfeifenberger aber einen Ehrenbeleidigungsprozess gegen den Journalisten Karl Pfeifer verloren hatte, wurde die Justiz wieder aktiv. Im Falle eines Schuldspruches hätten ihm nach Angaben seines Anwalts bis zu fünf Jahre Haft gedroht. Pfeifenberger habe in diesem Kontext seine Selbsttötung angekündigt, weil er einen unfairen Prozess befürchtet habe, erklärte der Jurist. Allerdings ist der Anwalt auch der einzige, der die These des Selbstmordes offiziell bestätigt hat. In ersten öffentlichen Verlautbarungen war noch von einem Bergsteigunfall die Rede gewesen. Die These des Selbstmordes könnte dabei vor allem einen politischen Zweck verfolgen: So wird Pfeifenberger mittlerweile in der extremen Rechten zum Märtyrer stilisiert. Im Fadenkreuz der ausführlichen Kommentare zum Tode Pfeifenbergers stand und steht dabei Karl Pfeifer, der als österreichischer Antifaschist und Holocaust-Überlebender nun zum zweiten Mal von Neonazis bedroht wird. Morddrohungen gegen Pfeifer waren die Folge von zahlreichen Artikeln und Meldungen der „Nationalen Infotelefone". Pfeifer müsste inzwischen seine Wohnung verlassen.

Joß Fritz & Frank Kretschmar

Revision der Geschichte

Rechte Versuche, die Entschädigungsdebatte für sich zu nutzen

Die im Mai erhobene Forderung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL), dass „sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt“ mit Mitteln des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds entschädigt werden sollen, hat breites öffentliches Interesse erweckt. Denn der Versuch, sich als Opfer darzustellen und im Rahmen der Entschädigungsdebatte für ehemalige Zwangsarbeiter finanziell daraus Profit ziehen zu wollen, löste vor allem auf tschechischer Seite Befremden aus.

Doch die „Vertriebenenverbände“ gingen mit ihren Forderungen noch weiter: „Millionen deutscher Zivilisten“, behauptet die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), Erika Steinbach, hätten nach dem Zweiten Weltkrieg „Zwangsarbeit“ leisten müssen. Sie seien bei „unmenschlichen Bedingungen“ in „Lager eingepfercht“ gewesen, hätten „Misshandlungen“ erlitten und seien „Deportationsopfer“ geworden. In dieser Kette fehlt auch nicht der Vergleich mit dem Holocaust, wenn der BdV behauptet, diese deutschen „Zwangsarbeiter“ seien nach Ende des Zweiten Weltkrieges in „Zwangsarbeits- und Vernichtungslager“ eingeliefert worden.

Doch nicht nur die historische Realität wird in „Vertriebenenkreisen“ im Kontext der Forderung nach Entschädigung der Zwangsarbeiter zur modifizierbaren Knetmasse, sondern auch die Gegenwart: In den USA werde eine „Druck-Kulisse gegen deutsche Unternehmen aufgebaut“, heißt es im BdV-Organ „Deutscher Ostdienst“, die „allmählich rufmörderische Formen“ annehme. „Lobbyisten“, wie der „besonders einfallsreiche Anwalt Ed Fagan“, würden „immer höher geschraubte Ansprüche“ vertreten. Im „Kern“ gehe es den Opfern um Geld, „um sehr viel Geld, doch nicht zuletzt um die anteiligen Erfolgshonorare von Anwälten“, spekulieren die „Vertriebenen“.

Die Vermutung, wer hinter Rufmord und Lobbyismus, Einfallsreichtum und Geldgier stecke, bleibt erstaunlicherweise auch nicht unausgesprochen: So weiß das „Ostpreußenblatt“ zu berichten, dass es „jüdische Organisationen“ seien, die in den USA „erneut Entschädigungen“ verlangen würden – „diesmal für sogenannte ‚Zwangsarbeiter‘“. Das die „Vertriebenen“ die Zwangsarbeiter mit dem nationalsozialistischen Terminus der „Fremdarbeiter“ bezeichnen, gehört wohl zur Traditionspflege. Nicht nur, dass Deutschland „enorme Beträge für NS-Verfolgte“ unter anderem „nach Israel“ gezahlt habe. Nein, diese Beträge seien dort „nie“ angekommen, wofür das „Ostpreußenblatt“ auch eine Erklärung hat: „Offenbar herrscht in diesen Bereichen eine enorme Korruption, die keiner untersucht und die niemand zu hinterfragen wagt.“

Klar ist für die „Vertriebenen“ auch die Gerechtigkeit des Nationalsozialismus, denn die „Löhne“ der Zwangsarbeiter „entsprachen denen ihrer deutschen Kollegen“: „Sie waren genau so sozialversichert wie die Deutschen, hatten Anspruch auf Urlaub, in dem sie nach Hause fuhren und auch in der großen Masse pünktlich an die Arbeitsstelle zurückkehrten.“ Deshalb müsse Deutschland gegenwärtig „endlich Zeichen“ setzen, sonst würden „sich die Erpressungen bis in alle Ewigkeit“ fortsetzen, fordert das „Ostpreußenblatt“.

Entschädigungsleistungen fordern aber nicht nur die „Vertriebenenverbände“, obgleich sich auf Initiative des BdV Thüringen erst vor wenigen Wochen ein „Aktionskreis Eigentum Vertriebener“ gegründet hat. Und dessen Vorsitzender, Paul Latussek, hatte Mitte Mai in einem im Thüringer Parlamentsgebäude verbreiteten Flugblatt vom „Völkermord an den ostdeutschen Stämmen“ und von „unmenschlicher Behandlung der deutschen Soldaten durch die Amerikaner“ am Ende des Zweiten Weltkrieges philosophiert – ein Flugblatt, dessen Verbreitung wegen der darin enthaltenen rechten Parolen die Absage des Parlamentarischen Abends des BdV durch den Ältestenrat des Landtages zur Folge hatte.

In den vergangenen Jahren haben sich eine ganze Reihe von Vereinigungen gegründet, die für Rückgabe oder Entschädigung für die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR durchgeführten Enteignungen eintreten. Nach ihrem Willen soll das Rad der Geschichte soweit zurück gedreht werden, dass selbst die Enteignungen von Nazis und Kriegsgewinnlern nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Enteignung von Großgrundbesitzern im Rahmen der Bodenreform (Motto: „Junkerland in Bauernhand“) wieder rückgängig gemacht werden sollen. Optisch präsent ist mit seiner Initiative „Enteignungen 1945/49“ vor allem das Hamburger CDU-Mitglied Heiko Peters. Kostspielige, zum Teil ganzseitige Anzeigen des Kaufmanns finden sich nicht nur in solch einschlägigen Blättern wie der „Jungen Freiheit“, in „Der Schlesier“ und im „Ostpreußenblatt“, sondern auch in der „Süddeutschen Zeitung“, der „Welt am Sonntag“ und im „Spiegel“. Peters referierte in der Vergangenheit auch beim „Bund Freier Bürger“ und der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) und stand der „Jungen Freiheit“ für Interviews zur Verfügung. Zeitungsanzeigen gegen die Enteignungen in der Nachkriegszeit schalteten neben Peters auch Horst Werner Nilges und Horst Fikentscher. Letzterer bezeichnete 1998 in einem Leserbrief an die „Deutschen Wochenzeitung“ den Begriff „rechtsradikal“ als „die Totschlagphrase der Etablierten“. Inserate in der FAZ gegen die Enteignungen wurden auch von Dr. Fritz Rosenberger von der „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe e.V.“ aufgegeben.


DER STACHELDRAHT

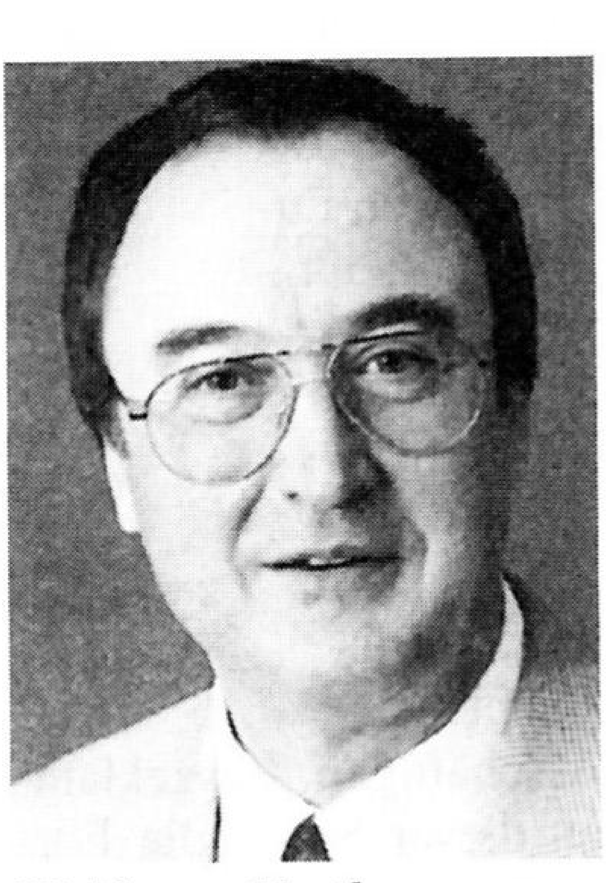
FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Nr. 2/1999 A 13017

Dient den Trittbrettfahrern der Entschädigungsdebatte: Zeitung der stalinistisch Verfolgten

Zahlreiche Gruppen dieser Art haben sich seit 1995 der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE) unter Leitung von Manfred Graf von Schwerin angeschlossen, die „Opfer- und Geschädigtenverbände, Gruppen und Einzelpersonen der SED/DDR-Diktatur im In- und Ausland“ bündeln will. Auf ARE-Konferenzen traten unter anderem der mittlerweile verstorbene CDU- und „Vertriebenenpolitiker“ Ottfried Hennig, der FDP-Politiker Alexander von Stahl, Heiko Peters, Wolfgang von Stetten, Präsident des „Studienzentrums Weikersheim“, Harald Strunz von der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) und Vertreter der Hamburger „Status Vermögensverwaltungs GmbH“ als Referenten auf. Internationalen Druck erhofft sich die ARE von der im vergangenen Jahr gegründeten „Europäischen Liga der Opfer der Gewaltherrschaft“ (ELOG) mit Sitz in Köln, die die Forderungen sowohl der „Vertriebenen“ als auch der in der DDR enteigneten Grundstücksbesitzer aufgreifen will. Gegen die Enteignungen und für ein „Recht auf Eigentum“ tritt ein „Göttinger Kreis - Studenten für den Rechtsstaat“ ein. Eine erste Demonstration mit etwa 300 Teilnehmern führte der von Adelstitel-Trägern geleitete Verein am 3. Oktober letzten Jahres in Berlin durch.


Wolfgang Freiherr von Stetten

Um Entschädigung und Rehabilitierung geht es auch den zahlreichen Vereinigungen der „Opfer des Stalinismus“, die sich in der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) zusammengeschlossen haben. Vorsitzender der UOKG ist Gerhard Finn. „In den 50er Jahren war er leitender Mitarbeiter der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘, eines geheimdienstlich organisierten Verbandes, der auch schon mal Sprengstoffanschläge organisierte oder Entführungen durchführte, um Sabotage gegen die DDR zu betreiben. Später veröffentlichte Finn mit Bundesgeldern kleine Broschüren, in denen er die sowjetischen Internierungslager den Nazi-Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen gleichstellte. Der Mann hat einen späten Sieg errungen -Anfang der neunziger Jahre brachte er sich als Fachmann in die Bundestags-Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur in

Deutschland' ein" („Junge Welt" 3./4. Mai 1997). Die Zeitung der UOKG, der „Der Stacheldraht", wird gemeinsam mit dem „Bund der Stalinistisch Verfolgten" (BSV) herausgegeben. Gefördert wird das Blättchen von der mittels Bundesgesetz errichteten „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur". 1996 wurde in der Zeitschrift eine Einladung zur einer Gedenkfeier am Grab des Professors Hans Heinze abgedruckt. Heinze war nach dem Krieg Chefarzt im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen. Dort saß Heinze nicht unberechtigt. Zuvor war er, NSDAP-Mitglied seit 1933, Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Brandenburg-Görden und einer der zentralen Figuren des Euthanasieprogramms der Nazis. Zum Fachgebiet des vermeintlichen „Engel von Sachsenhausen" gehörte die so genannte Kinder-Euthanasie, denn Heinze war als Ober-Gutachter für die behinderten Kinder in der Kinderfachabteilung der Gördener Klinik zuständig. Heinzes Verbrechen wurden nie gesühnt, ein 1966 eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde 1966 vom Landgericht Hannover eingestellt.

Im Gegensatz zur Behandlung der Opfer des Naziregimes hatte man sich bei der Entschädigung der in der DDR Inhaftierten schon nach wenigen Jahren auf eine staatliche Entschädigungsregelung geeinigt. Eine „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge" unter der Aufsicht des Bundesministeriums des Innern gibt es bereits seit 1969. NS-Verfolgte haben hier keine Chance, die Stiftung ist ausschließlich für ehemalige Inhaftierte aus dem „kommunistischen Machtbereich". Dass auch ehemalige KZ-Aufseherinnen, wie im Falle der früheren Ravensbück-Aufseherin Margot Pietzner, großzügig für „erlittene DDR-Haft entschädigt wurden, sei nur am Rande erwähnt. Eingesetzt für die Pietzner hatten sich die damalige Leiterin der „Gedenkstätte zu Ehren der Opfer des Stalinismus" in Berlin, Ursula Popiolek und das damalige Vorstandsmitglied der Gedenkstätte, Siegmar Faust, der später „Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen" wurde.

Bei manchen Akteuren dieser Opfer-Verbände führte der Hass auf den Sozialismus ins einschlägig rechte Lager. So war der Vorsitzende des 1994 gegründeten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der „Opfer des Stalinismus" (O.d.S.), Horst Hölig, zuvor Landesgeschäftsführer der „Deutschen Volksunion" (DVU). Ein weiteres O.d.S.-Landesvorstandsmitglied, Wolfgang Wenske, war über die Liste der „Republikaner" in den Rat der Stadt gewählt worden. Dem Beirat der „Vereinigung 17. Juni 1953" gehörte beispielsweise noch Ende des vergangenen Jahres der ehemalige Europaparlamentarier der „Republikaner", Emil Schlee, an. Ein „Offener Brief" dieses Vereins an Bundeskanzler Schröder war im Jahr zuvor auch in der „Deutschen Wochenzeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey abgedruckt worden.

Mittlerweile haben sich die „Opfer des Stalinismus" auch international organisiert. Auf dem VII. Kongress der „Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus" im kroatischen Dubrovnik sprach auch der Justizminister des Gastlandes. Angesprochen auf die Pressefreiheit und politische Gefangene im eigenen Land äußerte dieser, das Pressefreiheit schnell zu Presseanarchie werden könne. Außerdem seien die in Kroatien inhaftierten Serben keine politischen Gefangenen, sondern Kriegsverbrecher oder wegen Verunglimpfung der Regierung Verurteilte. Abgerundet wurde der Kongress mit einem Referat des bundesdeutschen Generalstaatsanwalts Christoph Schaefgen über die strafrechtliche Aufarbeitung kommunistischen Unrechts in Deutschland. Wolfgang Kusior von der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" bot den Anwesenden massive Unterstützung an und betonte, wie wichtig ihre Registrierung als Nicht-Regierungsorganisation sei. Warum diese Vereinigung so gerne von staatlicher Seite unterstützt wird, kann man in deren 1998 verabschiedeten „Zagreber Resolution" nachlesen. Dort wird nämlich unter anderem gefordert, dass die international anerkannte Definition des Völkermordes auch durch die Vernichtung einer Menschengruppe aufgrund ihrer „verschiedenen Klassenzugehörigkeit" ergänzt werden soll.

Schulterschluss

Dem „Deutschen Ostdienst" (DOD) als Mitteilungsblatt des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) war die Veranstaltung am 25./26. März in Görlitz nur eine kleine „Richtigstellung" wert, in der er feststellte, dass er sich aus gegebenen Anlass vom „sogenannten Zentralrat der Vertriebenen" distanziere. Der „gegebene Anlass" war eine Veranstaltung, die das BdV-Präsidiumsmitglied und Vorsitzende des Thüringer BdV-Landesverbandes, Paul Latussek, maßgeblich organisiert hatte. Zusammen mit dem Vorsitzenden des neofaschistischen "Zentralrats der vertriebenen Deutschen" (ZvD) – so der korrekte Name der Organisation –, Herbert Jeschioro, versuchte Latussek bereits zum zweiten Mal eine Sammlung am rechten Rand des BdV zu initiieren. Bereits 1997 hatten die beiden bei dem Versuch, eine eigene Partei für dieses Spektrum aufzubauen, zusammengearbeitet. Quer durch das landsmannschaftliche Spektrum fanden sich in Görlitz nun Vertreter der „Vertriebenen" ein, um schließlich eine Resolution zu verabschieden, in der eine unverschämte Forderung der nächsten folgt. So wird gefordert, diejenigen Deutschen, die beim Wiederaufbau der von ihnen verwüsteten Landstriche in Osteuropa, helfen mussten, aus der im Aufbau befindlichen Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern zu „entschädigen". Selbstverständlich fordert man auch „Rückkehr-, Heimat- und Selbstbestimmungsrechte", was nichts anderes bedeutet, als dass weite Teile Polens, Russlands und Tschechiens deutsch werden sollen. Dass die Distanzierung des BdV vom ZvD nur halbherzig ist, belegt nicht nur die Tatsache, dass mit Latussek ein wichtiger Vertreter des BdV die Zusammenarbeit mit dem ZvD nicht scheut, sondern auch der Umstand, dass Latussek im BdV keineswegs isoliert ist. So wurde Latussek wenige Wochen später auch – nach zweijähriger Abstinenz in diesem Posten – wieder zum Vizepräsidenten des BdV gewählt.

Gerd Alt

Hupka tritt ab

Herbert Hupka ist nicht mehr Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien" (LS). Nach mehr als 30-Jähriger Amtszeit hat Hupka das Amt bei der LS-Bundesversammlung am 15. April an Rudi Pawelka abgetreten. Pawelka war bisher stellvertretender Bundesvorsitzender der LS. Er wurde im März 1940 in Wroclaw geboren und war bis zur Pensionierung am 1. April diesen Jahres als Leitender Polizeidirektor im Polizeivollzugsdienst tätig. Mitglied der LS ist er seit 1969. Von der Bundesregierung erwartet Pawelka nach eigenem Bekunden, dass sie nicht nur das „Verbrechen der Vertreibung" in Polen anspreche, sondern auch auf eine Verbesserung der Rechte der so genannten deutschen Volksgruppe in Polen dringe. Hupka wurde bei der Bundesversammlung der LS einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der Organisation ernannt.

„Gesellschaft für bedrohte Völker"

Die Lehrerin Irina Wießner ist neue Bundesvorsitzende der völkischen „Gesellschaft für bedrohte Völker" (GfbV). Sie wurde Ende Mai diesen Jahres auf der 32. Jahreshauptversammlung der Organisation in Hannoversch Münden gewählt. Die 58-Jährige wurde während der nationalsozialistischen Besatzung im polnischen Legnica geboren. Sie tritt in der GfbV die Nachfolge von Tilman Zülch an, der den Verband 32 Jahre lang führte. Zülch will sich als Generalsekretär künftig auf den Ausbau der „GfbV-International" konzentrieren. Die GfbV hat 8.000 Mitglieder und unterhält Büros in sieben europäischen Staaten. Ihr Sitz befindet sich in Göttingen.

Höhn gestorben

Am 14. Mai starb Reinhard Höhn, Publizist und Gründer der Bad Harzburger Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft. Seine Managementlehre und Führungstheorie („Harzburger Modell") gehörten jahrzehntelang zum Rüstzeug von Praktikern und Studenten der Wirtschaftswissenschaften. Höhn war zuvor SS-Brigadeführer und wurde noch 1945 zum Generalleutnant der Waffen-SS ernannt.

Rechte in der Schweiz

Besonders in der Deutschschweiz wächst laut Schweizer Staatsschutzbericht die neofaschistische Szene deutlich an. Der harte Kern von Skinheads mit hoher Gewaltbereitschaft wird in der Schweiz auf 600 bis 700 Menschen geschätzt. Damit hat sich die Zahl der neofaschistischen Aktivisten innerhalb von zwei Jahren nahezu verdoppelt. Zugenommen hat im vergangenen Jahr auch die Zahl der Anschläge auf Asylunterkünfte.

Ulrich Schneider

Sprachschützer aus dem braunen Milieu

„Unsere Sprache verwildert", „unsere Sprache verarmt", „unsere Sprache verroht" und „unsere Sprache verschwindet" - diese sorgenvollen Überschriften findet der Leser in einer „Selbstverpflichtung zum Schutz der deutschen Sprache". Wer hinter diesen Sätzen nicht allein Sprachpurismus, sondern auch braungefärbte Deutschtümelei vermutet, der liegt nicht ganz falsch. Denn Herausgeber dieser „Selbstverpflichtung" ist der „Arbeitskreis Unsere Sprache" (ARKUS), dieser wiederum ist Teil des Vereins „Unser Land - Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland e.V."

Als Vorstand dieser Stiftung fungieren Alfred Mechtersheimer, Kenneth Lewan und Hannes Kaschkat. Über Mechtersheimer, der nach einer kurzen Stippvisite bei den „Grünen" schon lange im rechten Lager gelandet ist, muss an dieser Stelle sicherlich nicht viel ausgeführt werden. Sein „Friedenskomitee 2000", die „Deutschland-Bewegung" und nun noch die „wissenschaftliche" Stiftung „Unser Land" finden sich in den verschiedensten neofaschistischen Zirkeln wieder, teilweise als Stichwortgeber, teils als Organisator und Motor von Aktionen, jüngst für die Unterstützung der FPÖ/ÖVP-Regierung in Österreich. Lange Zeit wurden Mechtersheimer und seine verschiedenen „Initiativen" von dem Verleger Fleißner alimentiert, bis dieser 1999 offensichtlich seine Zahlungen einstellte, was Mechtersheimer bitter beklagte. Kenneth Lewan trat bisher eher als Publizist in Erscheinung, wobei die Auswahl seiner Publikationsorgane „Deutsche Militär Zeitschrift" (DMZ), „Junge Freiheit" und „Nation & Europa" schon Programm ist. Der dritte im Bunde, der Würzburger Rechtsanwalt Hannes Kaschkat, ist Mitglied der CSU. Schon 1968 war er Mitbegründer der „Burschenschaftlichen Aktionsgemeinschaft für Publizistik", die versuchte ein rechtes Zeitungsprojekt an den Universitäten zu realisieren. Später war Kaschkat Autor der „Jungen Freiheit" und des „Ostpreußenblattes". Obwohl Mitglied der CSU vertrat er als Anwalt die REPs in einem Rechtsstreit gegen das Land Bayern. Dies tat jedoch seiner Karriere keinen Abbruch. So wurde er 1998 stellvertretender Landesvorsitzender der "Union der Vertriebenen" in der CSU. Anfangs gehörte diesem Triumvirat noch der Erlanger Burschenschafter Thomas Paulwitz an, selbst Autor im „Ostpreußenblatt", der als „Koordinator" des Arbeitskreises „Unsere Sprache" firmierte.



NPD-Aufmarsch in Köln - und wieder nichts verstanden.

Ins Leben gerufen wurde ARKUS im Frühjahr 1998. Im April des Jahres findet sich in den Pressemeldungen der „Deutschland-Bewegung" der erste Hinweis auf diesen Verein, der im Sommer 1998 zum ersten Mal Anzeigen in überregionalen Blättern schaltete. Der Hintergrund dieser Gründung war sicherlich in der - teilweise - ins völkische abgleitenden Debatte um die Rechtschreibreform zu finden. Nachdem Versuche der öffentlichen Einflussnahme in Bürgerbegehren u.a. gescheitert waren, glaubten Rechtsradikale mit dem Thema der „Sprachverteidigung" nationalistische Gefühle für politische Zwecke aktivieren zu können. Dass sie sich dabei nicht allein auf dem Markt befanden, war ihnen bewusst, weshalb die Gründung von ARKUS tendenziell auch einen Versuch darstellte, in den schon im November 1997 etablierten „Verein zur Wahrung der deutschen Sprache", der nach eigenen Angaben 6000 Mitglieder hat, hinein zu wirken. Dabei existierten durchaus ideologische Übereinstimmungen und personelle Verbindungen. „Blick nach rechts" hatte schon 1999 aufgedeckt, dass dieser Verein in dem neuheidnischen Neonazipamphlet „Huginn und Muninn", Organ der „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas" eine eigene Werbeanzeige geschaltet hatte. So finden die Ziele und Aktivitäten des Vereins denn auch in so einschlägig rechten Publikationen wie den „Unabhängigen Nachrichten", der „Freiheit Wattenscheid" und dem „Eckartboten" der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft" große Beachtung.

Der Inhalt der Selbstverpflichtungen

Man solle „nach Möglichkeit in Wort und Schrift deutsche Bezeichnungen" verwenden. Wie geht man aber damit um, dass die meisten Fachbegriffe als Fremdworte in unsere Sprache gekommen sind? Nicht nur bezogen auf die Computertechnologie erweisen sich „deutsche Bezeichnungen" als schwer akzeptabel. Sollte „Drahtpost" tatsächlich überzeugender als e-mail sein? Man solle „Rundfunkprogramme mit überwiegend englischsprachigen Liedern" meiden und „vornehmlich Filme deutscher und europäischer Herkunft" anschauen. So etwas hörten Jugendliche schon in den 60er Jahren von man-

Einige Unterzeichner der „Selbstverpflichtung":

Alfred Ardelt, ehemalige Landesobmann der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" Niedersachsen und Funktionär des „Witikobundes";

Friedrich Baunack, Beauftragter der „Deutschland-Bewegung";

Eberhard Heder, Oberst a.D., als „Militärexperte" Referent bei der Sommeruniversität der „Jungen Freiheit";

Prof. Klaus Hornung, CDU-Rechtsaußen, Referent im „Studienzentrum Weikersheim" und Mitstreiter von „Mut zur Ethik";

Albrecht Jebens, „Corps Franconia Tübingen", Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände", Beirat der rechtsextremen „Gesellschaft zur Siedlungsförderung in Trakehnen mbH", Autor der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" und der „Staatsbriefe", Geschäftsführer des „Studienzentrums Weikersheim", Referent beim „Deutschen Kreis und der „Deutschen Hochschulgilde", seit November 1998 Geschäftsführer der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" (OKR);

Rolf Kosiek, Lektor im „Grabert-Verlag" und Vorsitzender der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP);

Wolf Krisch, REP-Abgeordneter im Stuttgarter Landtag, der sich - laut Internet-Seite - „für Deutsche einsetzt", die sich durch Überfremdung bedroht fühlen;

Heiko Möhring, ehemals Oberst im Generalstab, NRW-Landesvorsitzender des „Verein für das Deutschtum im Ausland";

Claus Nordbruch, der Vorzeigeautor der Rechten gegen Verfassungsschutz, One-World-Thesen und anderes mehr, Autor in „Junge Freiheit" und „Nation & Europa";

Klaus Sojka, Rechtsanwalt, DVU-Bundesvorstandsmitglied, Landeslistenkandidat in Schleswig-Holstein;

Baldur Springmann, Öko-Faschist und seit neuestem Vertreter der „Deutschen Aufbau Organisation", der Versuch einer neofaschistischen Sammlungsbewegung;

Reinhard Uhle-Wettler, REP und Autor in den verschiedensten neofaschistischen Blättern.

Bardot verurteilt



Die ehemalige Filmschauspielerin und aktive Tierschützerin Brigitte Bardot ist zum dritten Mal wegen Anstiftung zum Hass und zur rassistisch begründeten Gewalt verurteilt worden. Sie muß eine Geldbuße von 30.000 Franc für diffamierende Passagen über islamische Einwanderer in ihrem Buch „Le carre de Pluton" zahlen.

Prozess in London eröffnet

Gegen David Copeland, der sich in polizeilichen Vernehmungen als „Nationalsozialist und Verfechter einer weißen Meisterrasse" bezeichnete, ist in London ein Mordprozess eröffnet worden. Dem 23jährigen Angeklagten wird vorgeworfen, aus Rassismus und Homosexuellen-Hass 1999 in der britischen Hauptstadt drei Nagelbomben gezündet zu haben. Dabei wurden drei Menschen getötet.

Holocaustrelativierung

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs in Kassel (AZ: VI ZR 276/ 99) ist es den GegnerInnen von Schwangerschaftsabbrüchen erlaubt, diese als „Babycaust" zu bezeichnen. Durch das Recht auf Meinungsfreiheit sei diese Äußerung gedeckt, entschied das Gericht in einem Revisionsverfahren. Mitglieder des Vereins „Aktion Leben" hatten 1997 Flugblätter vor einer Klinik, in der ein Arzt Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen hatte, verteilt. Darin enthalten war die Formulierung: „damals: Holocaust, heute: Babycaust". Die Klinik hatte daraufhin die VerfasserInnen verklagt. In erster Instanz waren zwei Flugblattverteiler vom Oberlandesgericht München auf Unterlassung verurteilt worden.

chen Erwachsenen. Man solle „auf deutsch beworbene Waren" kaufen. Dabei steht das Problem, dass man dann wohl überhaupt nichts mehr kaufen kann, denn Werbesprache ist immer eine Kunstsprache, die Begriffe z. B. aus dem Französischen, Italienischen oder Englischen adaptiert.

Politisch deutlicher wird erst der sechste Punkt: „Ich fordere bei der Einbürgerung die Beherrschung der deutschen Sprache." Natürlich spricht nichts gegen eine ausreichende Sprachkompetenz, aber diese These zielt eindeutig auf das Schreckgespenst einer „Überfremdung". Die Bewahrung der deutschen Sprache sei „eine wichtige europäische kulturelle Aufgabe", behauptet der Verein. Doch werde das offensichtlich in Europa nicht so gesehen, weshalb ARKUS „Deutsch als gleichberechtigte Sprache in der EU" fordert. „Vergessen" wird dabei nur, dass Deutsch natürlich eine der gleichberechtigten Amtssprachen der EU und des Europäischen Parlaments ist. Und so stellt die „Selbstverpflichtung" eher ein Konglomerat von Allgemeinplätzen und unterschwelliger Angst vor Fremdem dar, als eine tatsächliche Handlungsorientierung gegen den „Verfall der deutschen Sprache".

Die Initiative ARKUS verfolgt dabei offenkundig eine Doppelstrategie. Zum einen versucht Mechtersheimer auf diese Weise durch Sprachveränderungen und Rechtschreibreform verängstigte Bürger unter deutschtümelnden, nationalistischen Parolen zu sammeln. Viele von ihnen können eher als politisch unbedarft bezeichnet werden, gerade ältere Menschen, die sich über sinnlose Sprach-"Modernisierungen" (Info-Point, McClean, CityCalls etc.) durchaus berechtigt ärgern. Sie spielen zwar vom politischen Gewicht her keine große Rolle, helfen jedoch, die Initiative finanziell abzusichern. Im Sinne von DVU-Freys Vereinsgründungspolitik versucht nun auch Mechtersheimer hier mittlere Geldbeträge zu akquirieren. 50 Mark mussten die Unterzeichner pro veröffentlichter Unterschrift berappen. Allein die veröffentlichten Namen sprechen dafür, dass Mechtersheimer auf diese Art mindestens 25.000 Mark bekommen hat.

Überfall auf Junge Gemeinde

Am Himmelfahrtstag wurde in Jena die „Junge Gemeinde" um den Stadtjugendpfarrer König von einer Gruppe Neofaschisten überfallen und tätlich angegriffen. Fensterscheiben wurden zerstört, mehrere Jugendliche und der Stadtjugendpfarrer erlitten Kopf- und andere Verletzungen. Als die zu Hilfe gerufene Polizei eintraf, entfernte sich die Gruppe der Neofaschisten ungehindert bis auf einen der brutalsten Schläger, der von dem Pfarrer und einem Jugendlichen festgehalten wurde. Dieser Jugendliche wurde schließlich unter dem Vorwand „Widerstand gegen die Staatsgewalt" von der Polizei festgenommen. Als Polizeiverstärkung einige der Nazi-Schläger festnahm und überfallene und unbeteiligte Personen konkrete Zeugenaussagen zu einzelnen Tätern machen bzw. sich als Zeugen der Polizei zur Verfügung stellen wollten, wurden diese zum Teil sehr ruppig weggestoßen und verbal bedroht.

Tödlicher Angriff

In Eberswalde wurde am 31. Mai der 22jährige Falco L. von dem rechtsradikalen Mike Bether (27 J.) vor ein fahrendes Taxi gestossen. Falco L., der der linken Szene in Eberswalde angehörte, erlag wenig später seinen schweren inneren Verletzungen. Nach einer Zeugenaussage hatte sich ein Streit in einem Linienbus an einem rechten Tattoo-Motiv an Bethers Arm entzündet. Nach dem Verlassen des Busses wurde Falko L., durch mehrere Schläge schon erheblich verletzt, vor das Taxi gestossen. Während der geständige Bether eine politische Motivation abstreitet, sieht die Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Anetta Kahane, in dem Mord ein politisches Ereignis. Der Täter gehöre zwar nicht zum harten Kern der örtlichen Neonaziszene, aber das heisse nicht - so Kahane -, „dass diese Leute nicht herumlaufen wie tickende Zeitbomben."

Andererseits versucht nun das „Aktionsbüro Mitteldeutschland" die neofaschistische Szene als Opfer zu stilisieren. Für den 2. Juli wurde ein Aufmarsch der Anti-Antifa in Eberswalde angemeldet. Motto: „Der Kampf gegen die Feinde Deutschlands ist die Pflicht eines jeden Deutschen, der sein Volk und seine Heimat liebt."

Überfall in Bad Blankenburg

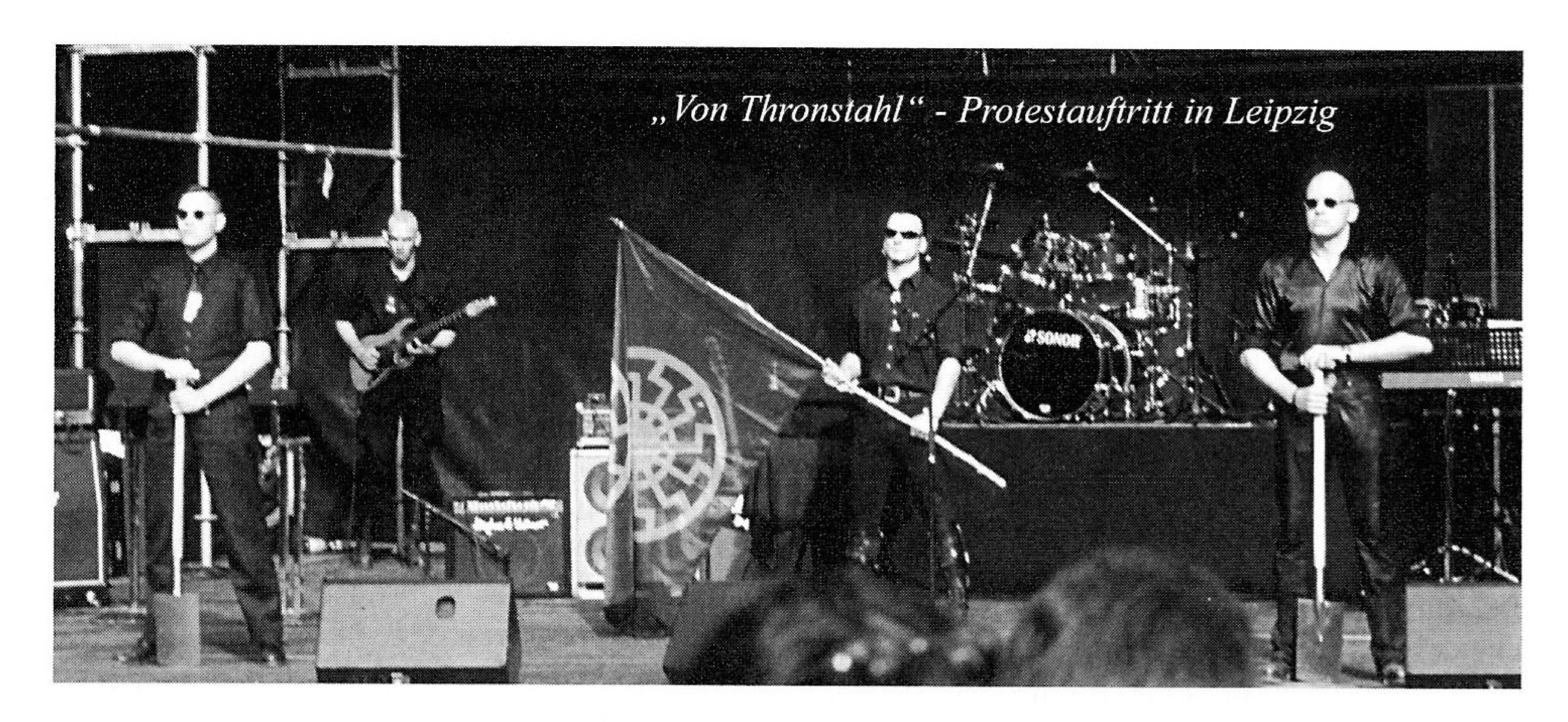
In Bad-Blankenburg in Thüringen haben Neonazis aus dem Umfeld des „Thüringer Heimatschutzes" und der NPD einen Mann zusammengeschlagen, der sich in der Vergangenheit mehrfach gegen rassistische Aktivitäten der Nazis gewandt hatte. Der 20jährige D. Thiele trat mit Stahlkappenschuhen auf den zu Boden geschlagenen Mann ein, während seine ebenfalls rechtsradikalen Freunde Trobnack und Schauseil zuschauten. Gegen Thiele erging ein Haftbefehl.

DB-Burschentag

Mit erzwungener Einigkeit endeten die Verhandlungen des diesjährigen Burschentages (15. bis 18. Juni) der „Deutschen Burschenschaft" (DB) in Eisenach. Die DB, der Dachverband von ca. 120 Burschenschaften aus Deutschland und Österreich, steckt in ernsthaften Finanzproblemen, die es nötig machten, innerverbandliche Auseinandersetzungen zunächst zurückzustellen. Dabei ist die Dominanz des radikal-völkischen Flügels, dessen Kern die „Burschenschaftliche Gemeinschaft" bildet, über den völkisch-konservativen Flügel nach wie vor ungebrochen. Die Ausschüsse des Dachverbandes sind fest in seiner Hand, und die Vorsitzenden Burschenschaften der DB in den nächsten beiden Jahren gehören ihm an („Burschenschaft Rheinfranken Marburg" im Geschäftsjahr 2000/2001, „Burschenschaft Teutonia Prag zu Regensburg" 2001/2002). Nur dem Geldmangel ist es zu verdanken, dass die nächste Zentralveranstaltung des wichtigen „Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit", dem mit Dennis Witt („Halle-Leobener Burschenschaft Germania") ein Mitglied des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) angehört, nicht im polnischen Opole stattfinden kann.



Im vollen Wichs: Ex-FAPler Norbert Weidner (Mitte)

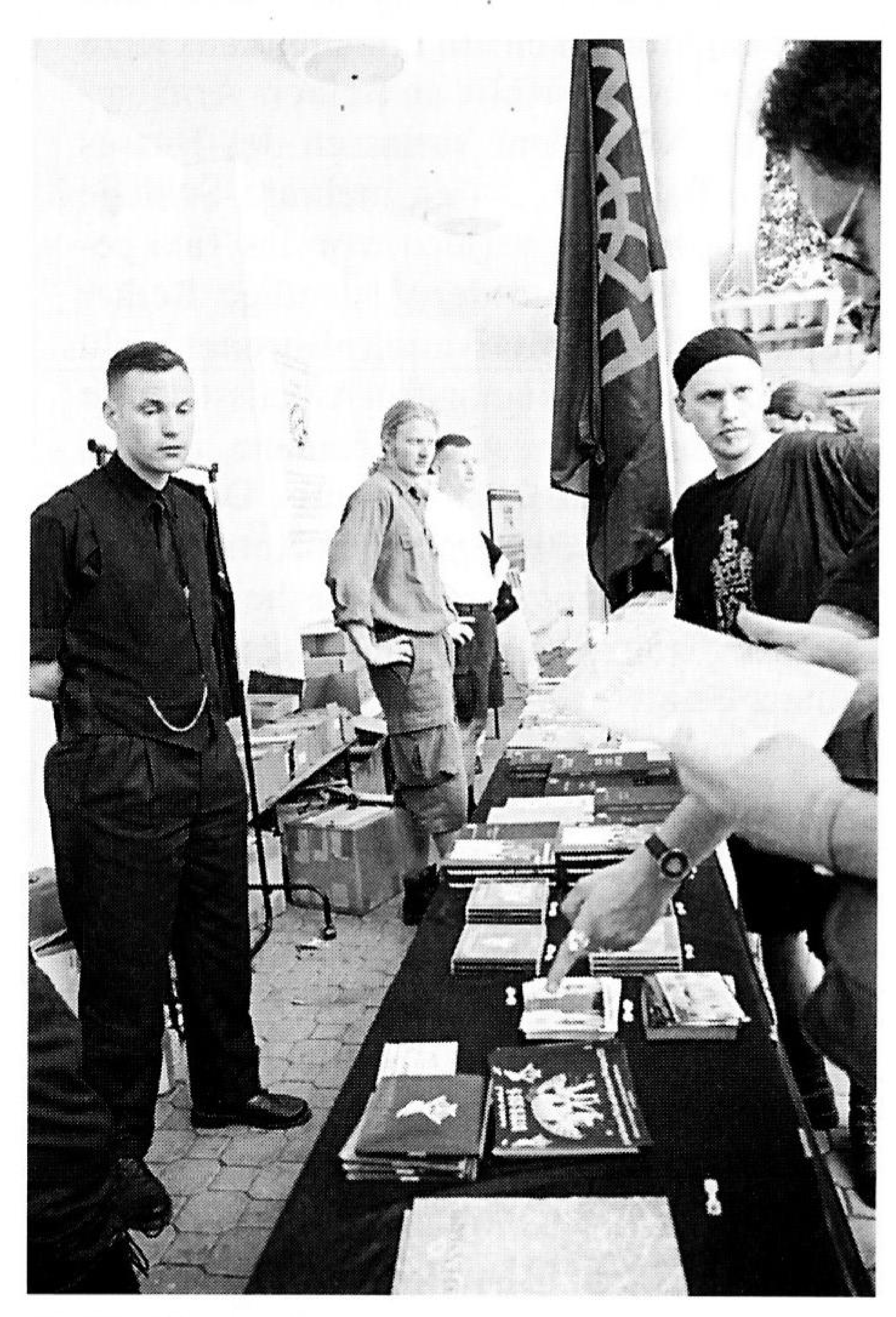

„Von Thronstahl" - Protestauftritt in Leipzig

Christian Dornbusch

Lichttraufe

Das 9. Wave-Gotik-Treffen zu Pfingsten in Leipzig endete in diesem Jahr in einer Farce. Die Veranstaltungsleitung machte bereits am zweiten Tag des Festivals pleite, trotz ca. 25.000 Besuchern. Dennoch wurde deutlich, daß rechte bis rechtsextreme Firmen und Bands zum festen Repertoire des Festivals gehören.

Das diesjährige Wave-Gotik-Treffen wartete mit Bands aus der Darkwave-, Industrial- und Black Metal Szene auf. Das weit gefächerte Musikangebot spiegelte sich auch in den zahlreichen Verkaufsständen wieder. Unter den Anbietern befand sich auch die extrem rechte Firma „Verlag und Agentur Werner Symanek", die, eingerahmt von zwei Fahnen mit der Symbolik der schwarzen Sonne, ihre Bands sowie ihr Buchangebot präsentierte. Der mit „VAWS" verbundene Musiker und Autor Josef Klumb präsentierte sich und seine aktuelle Band „Von Thronstahl" an einem eigenen Stand, an dem er auch die auschwitzleugnende Zeitung „Sleipnir", für die er im vergangenen schrieb, verkaufte. Im Zentrum des Standes stand das jüngst von Klumb bei „VAWS" veröffentlichte Buch „Leicht entflammbares Material - Die Forthcoming Fire-Biographie". Das Buch ist eine einzige peinliche Selbststilisierung in Verbund mit den bekannten paranoiden antisemitischen Verschwörungstheorien des Herrn Klumb. Mit eigenem Stand war auch die rechte Zeitschrift „Sigill" samt seinem Label „Eis & Licht Tonträger" vertreten, die neben der eigenen Angebotspalette auch die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „wir selbst" verkauften.

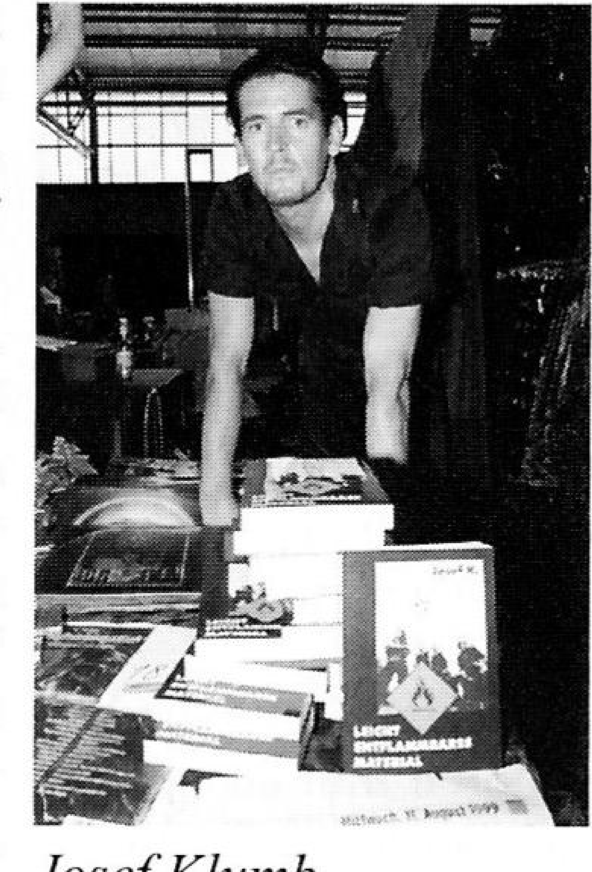

Sigill-Materialstand

Eingerahmt wurde der Stand vom rechts-heidnischen „Arun Verlag" von Björn Ulbrich und dem Label „Loki Foundation" aus Leipzig.

Bereits im Vorfeld des Festivals sagten die Bands „Waldteufel", „Allerseelen" sowie Tony Wakeford mit „Sol Invictus" / „L'Orchestre Noir" ab, die ihm Rahmen der „Lichttaufe" auftreten sollten (vgl. DRR Nr. 64). Hinzu kam, dass die Stadt Leipzig eine Verfügung erließ, die Josef Klumb seinen Auftritt mit „Von Thronstahl" untersagte. Dennoch, im Rahmen des Auftritts der Band „The Days Of The Trumpet Call" erstürmten plötzlich drei Männer in schwarzer Armeekleidung die Bühne. Zu den Klängen von „Von Thronstahl" bauten sie sich unter einer Fahne mit der Schwarzen Sonne Symbolik am Rand der Bühne auf. Die anschließende Forderung von der Bühne nach Solidarität mit Klumb wurde vom Publikum frenetisch beklatscht.

Als das Festival in der Nacht von Samstag auf Sonntag zusammenbrach, schien es, als ob damit auch das Spektakel „Lichttaufe" beendet wäre. Stephan Pockrandt, Herausgeber des „Sigill" Magazin, gelang es aber kurzfristig eine behelfsmäßige Bühne, einen Gartenpavillon, im „Wikingerlager & heidnischen Dorf" zu organisieren. Hier traten dann, umrandet von bis zu 400 Zuschauern die Bands „Dies Natalis" aus Löbau, „Scivias" aus Ungarn, „Tenhi" aus Finnland und schließlich „Death In June" auf. Letztere präsentierten allerdings lediglich zwei Lieder, um sich dann schnell wieder mit dem markigen Ausspruch „Wir sind da" ins trockene Hotel an diesem regennassen Tag zurückzuziehen.

Die Band „Dies Natalis" hingegen setzte ihr Konzert am prasselnden Feuer fort. Hier verkündete der Sänger, daß sie regelrecht dankbar seien für die Pleite des Festivals, denn diese hat den Neo-Folk dahin zurückgebracht, wo er hingehöre: Ans Feuer! Dort schafften sie es, das Publikum in ihren Bann zu ziehen, wohl wissentlich um die Bedeutung des Arrangement von Lagerfeuerromantik und seiner irrationalen gemeinschaftsstiftenden Komponente.


Josef Klumb

Zu resümieren bleibt, dass es wie in den Jahren zuvor rechten Firmen und Bands gestattet war, das Festival für die eigene Präsentation zu nutzen. Unter den Besuchern waren wie im Vergangenen eine Reihe bekannter extrem rechter Kameraden, wie z.B. Bernd Stehmann (Bielefeld) und Mirko Appelt (Altmark). Der Anklang der rechten Bands beim Publikum war allerdings in Anbetracht der Gesamt-Besucherzahl gering, dennoch wurde deutlich, daß sie zumindest von der Mehrheit der Besucher toleriert wurden.

Überfall auf Flüchtlingswohnung

Am 19. Mai 1999 überfielen acht Männer eine Flüchtlingswohnung in Kutenholz-Aspe (Landkreis Stade). Drei der im ersten Stock des Hauses lebenden Flüchtlinge konnten sich durch einen Sprung aus dem Fenster retten, ein weiterer Flüchtling versteckte sich im Haus. Die Täter demolierten die Wohnungseinrichtung und zerschlugen die Fenster des Hauses. Eine im Erdgeschoss lebende Frau wurde mit einer Waffe bedroht, ebenfalls ein zu Hilfe kommender Nachbar. Im Mai diesen Jahres fand nun der Prozess gegen fünf der Täter in Stade statt. Alle waren geständig. Die Tat solle spontan entstanden sein; einen Anführer hätte es nicht gegeben, dafür aber die Absprache, lediglich Sachschaden anzurichten. Die mitgeführten Schlaggeräte hätte man zufällig dabei gehabt. Auslöser des Überfalls sollte eine Auseinandersetzung gewesen sein, die Marcus Millo tagsüber mit den Flüchtlingen gehabt hätte. Millo bedrohte während des Überfalls eine Anwohnerin mit einer Waffe. Im Gericht trug er einen großen schwarz-weiß-roten Aufnäher mit der Aufschrift "Kameradschaft Elbe-Weser". Das Gericht ging nicht von einer unorganisierten Tat aus. Drei der Angeklagten erhielten eine neunmonatige Strafe mit Bewährung verbunden mit Geldstrafe, ein Angeklagter wurde zu fünfzehn Monaten Strafe auf Bewährung und Geldstrafe verurteilt. Den Anführer sah das Gericht in Lars Hildebrandt. Er wurde zu einer Haftstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

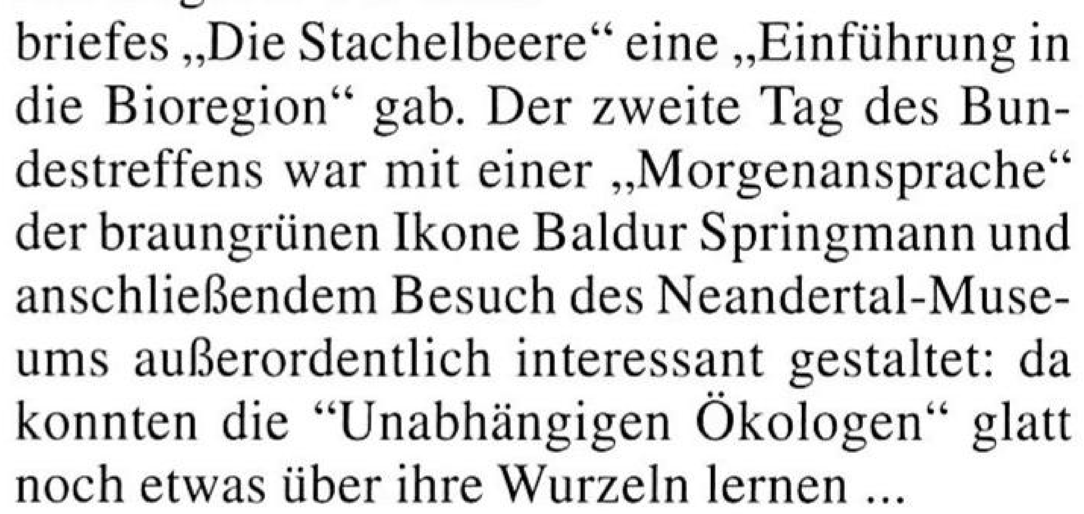
Bereits einige Tage vor dem Überfall hatte Hildebrandt das Haus beschmiert und Fenster eingeworfen. Auf sein Motiv angesprochen sagte er knapp "Fremdenhass". Hildebrandt gilt laut "Bremervörder Zeitung" als "geistiger Anführer der Bremervörder Skinheadszene". Zum Zeitpunkt des Überfalls auf die Flüchtlingswohnung war er Mitglied der NPD. Hildebrandt war schon im Oktober 1996 verantwortlich für einen Überfall auf den kirchlichen Jugendtreff "Sky" in Gnarrenburg. Die Verurteilung zu einer 15 Monate Jugendstrafe auf Bewährung für diese Tat wurde erst im Frühjahr 2000 rechtskräftig. Hildebrandt trat häufig provokant auf, so bot er z.B. der Leiterin der Bremervörder Jugendbegegnungsstätte Schutz vor "kriminellen Ausländern" an. Im Anschluss an eine Party in Hildebrandts damaliger Wohnung in Zeven kam es im November 1999 zu Ausschreitungen, bei denen etwa 20 Leute unter anderem eine Polizeiwache angriffen. Ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ist gegen Hildebrandt seit Februar 2000 beim Stader Staatsschutz-Dezernat anhängig. Über das Internet hatte eine junge Frau einen 28-jährigen Türken aus Hannover nach Neuenkirchen im Alten Land gelockt, wo er von drei Männern zusammengeschlagen wurde. Mit Hinweis auf eine günstige "Sozialprognose" versuchte der Verteidiger von Hildebrandt eine Haftstrafe für den Überfall von Kutenholz-Aspe abzuwenden. Da es nicht gelang, wird er vermutlich in die Revision gehen.

Stefan Brinkhoff

Neandertal zieht „Unabhängige Ökologen“ an

Das Bundestreffen der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ (UÖD), das fast unbemerkt am 30. April und 1. Mai in der Erkrather Gastwirtschaft „Neanderhöhle“ stattfand, war für den konservativen Verein ein glatter Reinfall. Nicht einmal 20 Mitglieder der ÖDP-Abspaltung fanden sich am Tagungsort gegenüber des Neandertal-Museums ein.

Das über zwei Tage verteilte Programm sah auch nur zwei nennenswerte Referate vor: der Bundesvorsitzende Herbert Pilch sprach über „Runen - Gebrauch und Missbrauch altgermanischer Schriftzeichen“ und Edmond Jung klärte die Anwesenden über „Ökologischen Landbau im Zeitalter der europäischen Konzentration“ auf. Eröffnet wurde die Tagung vom Vorstandsmitglied Leif-Thorsten Kramps, der als Leiter des „AK Bioregionalismus Sauerland“ und Herausgeber des Rundbriefes „Die Stachelbeere“ eine „Einführung in die Bioregion“ gab. Der zweite Tag des Bundestreffens war mit einer „Morgenansprache“ der braungrünen Ikone Baldur Springmann und anschließendem Besuch des Neandertal-Museums außerordentlich interessant gestaltet: da konnten die "Unabhängigen Ökologen" glatt noch etwas über ihre Wurzeln lernen ...



Bei der sonntäglichen Mitgliederversammlung, die neben Vorstands-Neuwahlen auch einen Kassenbericht vorsah, durfte sich die UÖD schließlich selbst bemitleiden. Schrieben sie doch schon in Ausgabe 4/1999 ihrer nun eingestellten Zeitschrift „Ökologie - Forum für Natur- und Heimatschutz“ von „akuten Zahlungsschwierigkeiten“ und „mangelnder Resonanz“, so berichteten sie danach in einem kurzen Rundschreiben auch von „anhaltendem Mitgliederschwund“. Nach elf Jahren wird die „Ökologie“ also nicht mehr in gewohnter Form erscheinen. Lediglich ein „jährlich erscheinendes Organ“ mit grundsätzlichen Abhandlungen und Redetexten von Vorträgen wurde angekündigt.

Gleichzeitig zum drohenden Zerfall des ehemaligen rechtsökologischen Vorzeigeverbandes ergeben sich zwei unterschiedliche Neuentwicklungen. Zum einen steckt die alte Redaktion der „Ökologie“ nun ihre ganze Kraft in die im Dezember 1999 in Hannover gegründete „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“ (HGG), die federführend von Andreas Gruhl und Heinz-Siegfried Strelow betreut wird. Politisch scheint diese Gesellschaft allerdings ein eher ruhiger Gedenkverein zu werden.

Auf der anderen Seite engagieren sich UÖD-Mitglieder wie Helmut Kirchner und Baldur Springmann, letzterer mit seinem „Aufruf zur Sammlung der Deutschen“, für das nationale Parteienbündnis „Deutsche Partei“ (DP). Dieses ist im Februar 2000 von den Vorständen der alten DP, der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) und dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) beschlossen worden. Hierbei angestrebt ist der „Zusammenschluss aller konservativen Kräfte unter Ausschluss der extremistischen Rechten (NPD, DVU)“. Was daraus wird und wie sich die UÖD dort einbringen werden, ist noch nicht klar zu erkennen. Allzu große Relevanz dürfte die eigenbrötlerische Altherren-Riege der beteiligten Kleinparteien DP und DSU zusammen mit den Resten vom BFB allerdings nicht erlangen. Die beteiligten Nationalisten stehen vor einer langen Diskussion um Führungspersonen und einheitliche Ziele.



UÖD-Ehrung für Löns - rechts S. Strelow

Philipp Vergin

Was lange währt, wird endlich...?

Zugegeben keine leichte Aufgabe eine Buchbesprechung zu schreiben, wenn es sich um befreundete Autoren handelt. Wie den Geruch der unkritischen Auftragsarbeit loswerden? Außerdem mag man sich fragen wie sinnvoll es ist ein Buch zu besprechen, daß schon seit über einem Jahr erschienen ist.

Eines ihrer selbst gestellten Ziele nennen die Autoren von 'Jenseits des Nationalismus' gleich im ersten Satz ihres Buches: Ein Klärungsversuch der Frage, was ist neu an der ,Neuen Rechten', soll unternommen werden?

Und damit tauchen sie auch sogleich in den mitunter heftiger geführten Streit ein, ob man überhaupt von einer ,*Neuen* Rechten' sprechen könne oder damit nicht schon der Eigenpropaganda der Rechten aufgesessen sei. Gibt es *die* „Neue Rechte" (NR) also überhaupt und wenn ja, wo liegen Ursprünge und Besonderheiten, wenn nicht, wo kann man die sich so Nennenden innerhalb der Rechten verorten? Andreas Speit, Felix Krebs und Jean Cremet geben die Debatte wieder und versuchen eine eigenständige Antwort zu entwickeln, die über Erklärungen wie „Scharnier zwischen demokratischem und rechtsextremen Spektrum" (Wolfgang Gessenharter), „Grauzone" (Suzanne Mantino) oder „eigenständige Strömung und Ideologiefraktion der extremen Rechten" (Jost Müller) hinausgeht.

Die NR ist ihrer Meinung nach „eine intellektuelle Strömung der extremen Rechten (...), die wiederum aus unterschiedlichen Strömen besteht, welche sich auf die über zwei Jahrhunderte alten Mythen von Volk, Ethnie und Kultur beziehen, wie sie in den zwanziger und dreißiger Jahren bereits die Theoretiker der Konservativen Revolution und des italienischen Faschismus darlegten. Im Verhältnis zu den ,alten Rechten' von der DVU bis zur NPD verliert der Begriff der Nation bei den ,Neuen Rechten' zunehmend an Relevanz, da nicht ein Nationalstaat, sondern ein ,europäisches Reich' immer mehr der Identitätsstiftung dienen soll. Die Intellektuellen von *den* ,Neuen Rechten' greifen aber dennoch auch auf einen völkischen Nationalismus zurück, der durch die Hinwendung zur Sozialen Frage seine völkisch integrierende und formierende Funktion vollständig entfaltet." So weit, so allgemein.

Andreas Speit versucht im längsten Kapitel die unterschiedlichen ideologischen Konzepte und Traditionen aufzuzeigen und anhand einer idealtypischen Zuordnung die einzelnen Strömungen und jeweiligen Protagonisten zu strukturieren. Neben einem übersichtlichen historischen Abriss werden personelle Kontinuitäten und Verflechtungen („Ensemble von ,rechten Intellektuellen'"), sowie die wichtigsten Ideologie- und Theorieelemente benannt. Hier orientieren sich die Autoren stark an den von Helmut Kellershohn herausgearbeiteten sieben Kernideologemen des völkischen Nationalismus. Speit resümiert, „die sogenannte ,Neue Rechte' ist weder ideologisch noch organisatorisch homogen. Politische Differenzen und theoretische Konflikte bestimmen sie so deutlich, dass unter dem Etikett ,Neue Rechte' kein eigenständiges politisch-ideologisches System zusammengefaßt werden kann". Er benennt drei Hauptströmungen der NR, die in ihrer mehr als 30jährigen Geschichte die verschiedensten Wandlungen vollzogen haben. Neben der „nationalrevolutionären" und der „wertkonservativen" ist es vor allem die „konservativ-revolutionäre" oder „jungkonservative" Strömung, die die NR inhaltlich und personell bestimmt.

Felix Krebs vertieft den Blick auf diese momentan stärkste und vorherrschende Strömung am Beispiel der „Jungen Freiheit" (JF). Die Darstellung der Entwicklung der JF seit 1994, ihre Debatten und unterschiedlichen inhaltlichen Orientierungen machen die doch all zu oft nur theoretisch greifbare NR und ihr Konzept einer kulturellen Hegemonie faßbarer. Leider fällt dabei die Zeit nach 1996 etwas kurz aus, was vielleicht an der begrenzteren Quellenlage liegt.

Im letzten und kürzesten Teil skizziert Jean Cremet sehr faktenreich den Vormarsch der NR in Osteuropa nach 1990. Hier werden dem Leser anhand eines „Spezialgebietes" nicht nur die geopolitischen und geostrategischen Konzeptionen der NR, sondern auch die damit einher gehende Gefahr einer ungeheuren diskursiven Macht neurechter Ideologie verdeutlicht. Das aus einer Veranstaltungsreihe hervorgegangene Buch wirkt der allgemeinen Entwarnung in Medien und Politik vor der „intellektuellen Wehrsportgruppe" entgegen und schärft den Blick für das mit Walser, Sloterdijk und „Neuer Mitte" bereits erreichte Maß an gesellschaftlichem Einfluß und der Fähigkeit herrschende Meinung zu bestimmen.

Der Serviceteil verrät, dass es sich bei den Autoren um praxisorientierte Menschen handelt. Dank der sehr guten Literaturliste mit vielen Angaben zur Primärliteratur und den Personen-, Sach- und Organisationsregistern kann man mit dem Buch auch arbeiten. Fazit: Ein gutes schmales Büchlein, dessen Wert in der Formulierung eigener Positionen und Schlußfolgerungen in der aktuellen Auseinandersetzung über Charakter und Bedeutungsgehalt der NR aus linker, antifaschistischer Sicht besteht. Didaktisch gut aufgebaut ist es nicht nur für „EinsteigerInnen" zu empfehlen und man darf hoffen, dass dem „Zwischenbericht" möglichst bald ein weiterer folgen möge.

Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit: Jenseits des Nationalismus – Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten" - Ein Zwischenbericht, Unrast Verlag, 1999, 134 Seiten, 19,80 DM

Rechte Ökologie

Oliver Geden ist nicht optimistisch. Nach dem Regierungsantritt von Bündnis 90/die Grünen im Herbst 98 sei die Umweltschutzpolitik fast zum Erliegen gebracht wurden und die Auseinandersetzung mit Ökologiekonzepten würde wenig Beachtung geschenkt. In der erweiterten Neuauflage Gedens „Rechter Ökologie" bilanziert er nicht nur die Debatte zu antiemanzipatorischen und faschistischen Tendenzen in der alternativen Szene, sondern präsentiert auch die Diskussion um rassististische und antidemokratischen Konzepte in dem naturspirituellen Spektrum.

Die Struktur der 1995 erstmals veröffentlichten Publikation ist geblieben. In den ersten Kapiteln erläutert Geden rechte Theorme in der Ökologie und zeigt deren fast hundertjährige Traditionen auf. Dass ökologisches Bewußtsein nicht per se in humanistischen Politiktradition steht, wird betont und hervorgehoben, dass Umweltschutz ein überwiegend konservatives Thema war.

In den letzten Kapiteln stellt er ökologische Organisationen und spirituellen Strukturen vor. Neben Organisationen wie die „Ökologisch-Demokratische Partei" (ÖDP) und die „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) geht er auf Strukturen wie die Anthroposophie und die Tauschringe ein. Die Entwicklungen der ÖDP zeichnet er nach und stellt fest, daß sie ihre eindeutige faschistische Ausrichtung abgelegt hat. Dies bedeute aber nicht, daß die ÖDP nun eine humanistische Partei wäre. Die letzten Kapiteln hat Geden vor allem erweitert. Außer eine Vertiefung der aktuellen Entwicklung bei der Anthroposophie gibt er einen Überblick zu den naturspirituellen Bewegungen des Bioregionalismus und der Tiefenökologie.

Bereist in der Erstauflage hatte Geden hervorgehoben, daß nicht ökofaschistischen Gruppen die Rechtsentwicklung der Umweltbewegung bestimmen würden, sondern Ökogruppen die auf antiemanzipatorische und faschistische Theoreme zurückgreifen. Diese Rekurs überrasche nur, wenn die immanenten antidemokratischen Tendenzen der deutschen Ökologiebewegung nicht realisiert wurden. Ausdrücklich betont Geden, daß fast nur Antifa-Gruppen, die Ökologische Linke und wenige Umwelt- und Anti-Atom-Gruppen sich mit dem Thema auseinandersetzen. Doch nur diese Reflektion und eine politische Praxis die nicht nur die ökologischen Konsequenzen sondern die politischen und ökonomischen Interessen und die ökologische Beschränktheit thematisiert, kann einen „Beitrag für eine menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben *aller* Menschen leisten".

Die erweiterte Neuauflage ist ein notwendiger Beitrag. Nicht nur für eine emanzipatorische Ökologie.

Oliver Geden: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin, 288 Seiten, DM 34.90.

Andreas Speit